

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

3 (5.1.1932)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise: Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zahlungsbillets, bei gerichtlichem Streit und bei sonstiger Verhinderung des Erscheinens der Anzeigen in Karlsruhe i. B. o. Schlus der Anzeigen-Kameralen 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis: monatlich 1,70 Mark, jährlich 14 Pf. In der Reichs- o. Oberpostdirektion 1,90 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einschulung 10 Pfennig o. Einschulung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreuend-Mitteilungen, Druck: Hauptstr. 9, D.-Baden, Jagdbausstr. 12, Kallat, Rosenstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 3 Karlsruhe, Dienstag, den 5. Januar 1932 52. Jahrgang

125 Milliarden Produktionsausfall

Hilferding über den Höhepunkt der Krise

In der Berliner Welt am Montag besaß sich Dr. Rudolf Hilferding in einem eingehenden Artikel mit der Weltkrise und Weltwirtschaft 1931/32. Hilferding berechnet zunächst, daß das Krisenjahr 1931 Deutschland allein 16—26 Milliarden gekostet hat. Er fährt dann fort:

„Der Rückgang des deutschen Volkseinkommens ist stärker und umfassender als je in einer vorhergehenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Das Einkommen der Beamten, der Rentner, der Landwirte, die sonst während einer industriellen Krise wenig berührt werden, ist in härtester Weise verringert. Dazu kommt der fürchterliche Druck auf das Arbeitseinkommen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung. Im zweiten Halbjahr 1931 dürfte das Einkommen der Industriebeschäftigten nur noch etwa 60 Prozent seines Umfangs vom Jahr 1929 betragen haben.“

Das gesamte Einkommen der Arbeiter, Mischeliten und Beamten ist von seinem Höhepunkt im Jahre 1929 um 9 bis 10 Milliarden Reichsmark oder um ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen, nämlich von 43 auf rund 33 Milliarden Reichsmark!

Das sind die Zahlen der deutschen Krise. Und was kostet die Weltkrise? Darüber sind genauere zusammenfassende Angaben kaum vorhanden. Aber man kann eine annähernde Vorstellung gewinnen, wenn man den Ertrag des bekannten Statistikers Wodinsky folgt. Auf Deutschland entfallen 20 bis 25 Prozent des gesamten Arbeitseinkommens der Welt! Danach könnte man annehmen, daß die noch kapitalistischen Länder mit dem höchsten Lohn und dem höchsten Wert der Produktion am härtesten betroffen sind, daß vom Herbst 1929 bis Ende 1931 ein

Produktionsausfall der Welt von etwa 120 bis 130 Milliarden Reichsmark

entstanden ist! Aus dieser Situation schlußfolgert Hilferding wie folgt: „Am 18. Januar treten die Regierungen in Lausanne zur Behandlung der Reparationsfragen zusammen. Kein zahlenmäßig nicht das größte der zu lösenden Probleme, politisch-psychologisch dagegen die Vorbedingung für die Lösung aller. Die ökonomischen Elemente sind gegeben, im Bericht von Basel nochmals dargestellt in einer eindringlichen Diagnose, der leider die therapeutische Folgerung weilt sie eben eine politische und nicht eine ökonomisch-wissenschaftliche Entscheidung erheischt, nicht angeht.“

„Daß Deutschland während der Krise nicht zahlungslos ist, kann niemand bezweifeln. Aber wie es später wird, wenn die Krise vorüber ist, danach fragen die französischen Gläubiger. Falsche Fragestellung! Denn damit die Krise überwunden werde, muß das politische Vertrauen gegeben, muß die deutsch-französische Verständigung erfolgt sein.“

Kriegsschulden und Reparationen sind das politische Hindernis. Nicht es beheben, so bleibt das Mißtrauen; bleibt das Mißtrauen, so ist die Vereinbarung zwischen den deutschen Privatgläubigern und den Gläubigern gefährdet und damit die unerlässliche Vorbedingung für die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Ohne diese aber kein Ende der englischen Kredit- und Währungskrise, deren Beendigung wieder die Voraussetzung des Funktionierens der Kapitalmärkte und der Überwindung der Währungswirren sowie der internationalen Handelsbeschränkungen, dieser unmittelbaren und größten Gefahr, ist.“

Der augenblickliche Zustand ist schlimmer als in den Jahren 1919 bis 1924.

Demals war das Bewußtsein allgemein, daß die Bedingung für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft die Ordnung der Währung, die Wiederherstellung des Welthandels sein müssen, und alle Anstrengungen waren darauf gerichtet. Jetzt glaubt man, in der Preisgabe der Währungen, in der Zwangsverwirklichung der Devisen einen Ausweg zu finden. Demals belebte die Nachfrage nach Konsumgütern die Neuerichtung des Produktionsapparates, die Wiederherstellung der Kreditbeziehungen die kapitalistische Wirtschaft. Jetzt hat die ökonomische Krise den Höhepunkt erreicht und die Politik droht, jede Heilung zu verhindern.

Aber die Drohung richtet sich gegen sie selbst. Die Regierungen haben diesmal nur die Wahl, Verste oder Totengräber zu sein. Haben sie eine Wahl? Das Jahr 1932 wird die Antwort darauf geben.“

Die Reichskredit AG., die Industriebank des Reiches, hat zur Jahresende 1931/32 einen neuen Jahresbericht veröffentlicht. Der Bericht bringt wieder viel und auch geordnetes Zahlenmaterial zur deutschen und zur Weltwirtschaftskrise. Seine eigentliche Bedeutung liegt aber in dem Appell an die Kapitalmächte der Welt, den seit Mitte 1931 eingetretenen kapitalistischen Verhältnissen zwischen den Gläubigern und Schuldnerländern der Welt durch Zusammenarbeit ein Ende zu machen, wozu auch die Verständigung über die Reparationen gehört.

Der Bericht schließt mit einem Ausblick, in dem die Hemmnisse aufgezeigt werden, die sich aus dem jetzt noch fortwährenden Gläubiger- und Schuldnerkrieg für die Besserung der Weltkonjunktur ergeben. Im Warenverkehr sei durch Preisentwertung die Anpassung zwischen Kaufkraft und Produktion im allgemeinen erfolgt. Deutschland habe für das Jahr 1931 auf dem Gebiete der Verschuldung noch eine besondere gefühlige Anpassung durch Zinsentwertung vorgenommen. Allgemein aber seien die Kosten neuer Kapitalbeschaffung und auch die Kosten neuer kurzfristiger Kredite der Krisenentwicklung nicht gefolgt und erheblich höher als jemals seit vielen Jahren. Da die Anpassung auf dem Kapitalmarkt fehle, sei auch eine Belebung des Warenaustausches unmöglich, die stets erst die Folge der ausreichenden Senkung des Kapitalpreises gewesen sei. Das Fehlen der endgültigen Anpassung auch der politischen Schuldlast an die veränderte Lage müsse die wirtschaftliche Erholung weiter erschweren. Die Lehren des vergangenen Halbjahres seien auszunutzen.

Schließlich werden in dem Bericht drei Hauptforderungen aufgestellt: der Gläubiger müsse dem Schuldner, der sich fähig gezeigt hat, seinen Betrieb den veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen, das Kapital zu vernünftigen Tilgungsbedingungen weiter überlassen. Der Schuldner müsse sich in seiner Verschuldung jene Beschränkung auferlegen, die notwendig sei, um auch im ungünstigsten Falle die erforderlichen Rückzahlungen zu leisten und in günstigeren Zeiten sie zu beschleunigen. Endlich müßten die Störungen der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit beseitigt werden, die aus den Reparationen erwachsen und bei ihrer Fortdauer immer erwachsen müßten.

Gefährdung der Reichseinheit?

Von Staatsanwalt Dr. Wilhelm Hoegner, M. d. R.

Die nationalsozialistische Bewegung hat in den letzten Jahren ihr Schwergewicht nach Norddeutschland verlegt. Dort wagen ihr noch ungeahnte Möglichkeiten, im Süden des Reiches dagegen, vor allem in Bayern, hat sie bei den Septemberwahlen von 1930 so ziemlich ihre natürlichen Grenzen erreicht. Offenbar denkt Hitler nicht mehr daran, wie im Jahre 1923 den Marsch auf Berlin von Bayern aus zu beginnen. Die Entscheidung darüber, ob die deutsche parlamentarische Demokratie von einer offenen oder verbesserten faschistischen Diktatur abgelöst werden soll, wird also voraussichtlich in Preußen fallen.

Die Umgruppierung der nationalsozialistischen Kräfte ruft im Süden und Westen des Reiches Gedankengänge wach, die einen etwaigen Sieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland als schwerste Gefährdung der Reichseinheit erscheinen lassen. An sich sind die Bestrebungen, unter Umständen den deutschen Süden vom Norden — vermeintlich — zeitweilig zu trennen, nicht neu. Als man in den Jahren 1919/20 eine Bolschewisierung Norddeutschlands vielfach für unvermeidlich hielt, sprachen ernsthafte bayerische Politiker in aller Öffentlichkeit davon, Bayern müsse sich vom Reich „abkapseln“, „das gesunde Glied vom kranken abschneiden“ und für die Wiedervereinigung bessere Zeiten abwarten. Heute werden unter dem Eindruck des angeführten nationalsozialistischen Schreckensregiments in Bayern und auch im Rheinlande wieder ähnliche Erwägungen angestellt. Zunächst machen sich gewisse monarchistische Verschwörer, die seit der in Rührigkeit verunkelten Statthalterzeit des Herrn von Kahr für Rupprecht von Wittelsbach im Herbst 1923 unter der Decke arbeiten mußten, die wachsende Gegenstimmung gegen den Nationalsozialismus zu Nutze. Sie empfehlen sich laut und lauter als Gegengewicht gegen den nationalsozialistischen Massenwahn. Nach ihrer Beweisführung kann nur durch Ausrufung der Monarchie oder mindestens der Staatspräsidenten für einen Wittelsbacher die nationalsozialistische Herrschaft ohne Blutvergießen von Bayern ferngehalten werden. Nur in diesem Falle würden angeblich die nationalsozialistischen Offiziere, ebenso wie die Mehrzahl der sonstigen Mitglieder der nationalen Wehrverbände, „eingedenk ihres Fahnenliebes“ aus der Eugenberg-Hitler-Front herauszubringen sein. Im Volke würde die Erinnerung an die guten alten Zeiten der ehemals vollstimmigen bayerischen Monarchie sich als härter erweisen, als der Wunderglaube ans Dritte Reich. Die Monarchisten rechnen auch mit der hitlerfeindlichen Einstellung der katholischen Geistlichkeit, die im Nationalsozialismus norddeutscher Prägung eine rein protestantische Bewegung erblickt. Sie weisen darauf hin, daß gerade die betonte Einstellung gegen die „schwarze Internationale“ der Hitlerbewegung im norddeutschen Bürgertum so starken Anhang verschafft hat und daß infolgedessen unter einer nationalsozialistischen Diktatur die deutschen Katholiken wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt würden. Von der bayerischen Arbeiterschaft fürchten sie keine starke Gegenwirkung, weil diese, vor die Wahl gestellt, unter dem nationalsozialistischen Gemaltesystem zugrundegehen oder unter der Monarchie als „loyale Opposition Seiner Majestät“ für die Verbesserung ihrer Lage wirken zu dürfen, lieber die Monarchie über sich ergehen lassen würde.

Man braucht derartige politische Treibereien, bei denen vielfach der Wunsch der Vater des Gedankens ist, nicht zu überschätzen. Tatsache ist aber, daß auch verantwortliche süddeutsche Politiker sich angesichts der Laune der Reichsregierung in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Umtriebe über die mögliche Entwicklung in Norddeutschland Sorgen zu machen beginnen. In diesen Kreisen nimmt man an, daß der Nationalsozialismus im republikanischen Preußen sich nur nach blutigen Kämpfen in den Besitz der Macht setzen könnte. Im Falle eines Bürgerkrieges würden aber die süddeutschen Staaten vor schwerste Entscheidungen gestellt.

Besonders bedenklich stimmen zuverlässige Meldungen aus dem Rheinland, daß sich dort wieder der Separatismus zu regen beginnt. Schon im Jahre 1923 hatten die Separatisten und ihre französischen Hintermänner ihre größten Hoffnungen auf die — Hitlerbewegung gesetzt. Nach einer amtlichen Mitteilung des bayerischen Regierungspräsidenten der Pfalz vom 10. November 1923 waren die französischen Generale in Speyer sehr enttäuscht, als ihnen ein bayerischer Regierungsbeamter auf das bestimmteste versicherte, daß der Hitlerputsch in München gescheitert sei. Die französisch-belgischen Truppen am Rhein hatten damals nach einer Ausrufung des Generals de Ravinée auf den Befehl gemartet, die Mainlinie zu besetzen. Gemäß steht heute das amtliche Frankreich nicht mehr auf dem Standpunkt des französischen Verhandlungsplanes für die Pariser Friedenskonferenz, „die Unstimmigkeiten der Länder, aus denen Deutschland besteht, zu fördern“. Aber die Gelegenheit hat auch in der Politik oft Diebe gemacht. Auch heute könnte der Versuch der Einrichtung einer Hitlerdiktatur in Deutschland einem nationalsozialistischen Frankreich wiederum den Vorwand zu Sicherungsmaßnahmen gegen Deutschland liefern. Dann hätte eine Politik, die es mit ihrer nationalen Grundrichtung für vereinbar hält, wiederholt den verantwortlichen Leitern der deutschen Außenpolitik in den Rücken zu fallen und aus Machtgier die Zukunft des deutschen

Schweres Bergwerksunglück

14 Bergleute in Beuthen eingeschlossen

Beuthen, 5. Jan. Auf der tiefen Karsten-Zentrumsgrube erfolgte Montag 18 Uhr ein heftiger Gebirgssturz, der eine Vorrückungsstrecke und zwei benachbarte Abbaufrecken in Mitleidenschaft zog und einen großen Bruch verursachte, durch den 14 Bergleute abgeschnitten wurden. Die sofort unter Mitwirkung der Bergbehörde einsetzenden Rettungsarbeiten konnten nach kurzer Zeit einen Fördermann unverletzt ans Tageslicht bringen. Gegen 20.30 Uhr erfolgte ein weiterer Gebirgssturz, der die Rettungsarbeiten gefährdete. Von dem

Schicksal der abgeschnittenen 14 Bergleute ist zur Zeit noch nichts bekannt. Die Rettungsarbeiten werden mit allen Kräften fortgesetzt.

MTB, Beuthen, 5. Jan. An der Rettung der eingeschlossenen 14 Bergleute wird fleißig gearbeitet,

ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, mit den Verschütteten durch Rufe oder Klopfzeichen eine Verbindung herbeizuführen. Es herrscht infolgedessen über deren Schicksal noch völlige Unklarheit. Der von dem Unfall sofort verständigte Bergbauamtmann Schmittmann vom Oberbergamt in Breslau wird noch im Laufe der Morgenstunden erwartet, da er die Leitung der Rettungsarbeiten persönlich in die Hand nehmen will.

Der Reichsbankausweis Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 24,2 Prozent gegen 25,6 Prozent in der Vorwoche.

Hochwasser

Dresden, 4. Jan. Fast sämtliche sächsischen Flüsse und Wasserläufe führen heute Hochwasser. Im Erzgebirge sind die Flüsse stellenweise über die Ufer getreten. Das Wasser ist bereits an vielen Stellen in Häuser eingedrungen und hat Viehen und Fluren überschwemmt.

Braunschweig, 4. Jan. Auf der Strecke Borsum-Sornburg wurde der Bahndamm unterbrochen. Der Verkehr ist eingestellt worden. Das Gelände Borsum liegt einem großen See. Die Gleise der Strecke Braunshweig-Borsum hängen bei Borsum auf einer Strecke von 300 bis 400 Metern in der Luft.

Magdeburg, 3. Jan. Um 18.30 Uhr zerstörte ein heftiger Sturm die Antenne des Magdeburger Rundfunksenders, so daß der Magdeburger Sendebetrieb eingestellt werden mußte.

Wien, 4. Jan. Infolge des seit vorgestern anhaltenden warmen Schneetages ist der Schnee in den österreichischen Alpen bis zu einer Höhenlage von etwa 2000 Metern geschmolzen. Die Donau fließt beträchtlich. — Die Stadt Steyr mit ihren 27 summiert hölzernen Brücken ist durch Hochwasser bedroht. Die finanzielle Notlage der Stadt verbindet wirksame Gegenmaßnahmen.

Gasaw (Schottland), 4. Jan. Durch das harte Steigen des Carl wurden am 2. Januar 2000 Personen während mehr als zwölf Stunden von der Umwelt abgeschnitten. Sondere von Familien, insgesamt mehrere tausend Personen, mußten ihre Wohnungen verlassen. — Nach der Kluft ist im Steigen begriffen.

Santander (Spanien), 4. Jan. In der Gegend südlich von Santander erreicht die Schneehöhe eine Höhe von über einem Meter. Die Wege sind ungangbar geworden und der Zugsverkehr erleidet bedeutende Verzögerungen. In mehreren Dörfern hat Schnee erdrosselt, die an den Viehherden beträchtlichen Schaden anrichteten. In Reintoka ist das Thermometer auf 25 Grad Kälte gesunken.

Volkes aufs Spiel zu setzen, das erzielt, was bisher dem schlimmsten Feind Deutschlands nicht gelungen ist.

Die deutsche Republik ist nach 1918 mit separattistischen Bestrebungen im Westen und Süden des Reiches mehr als einmal fertig geworden. Das kostbarste Gut des deutschen Volkes, seine unter unjünglichen Mühen erlangte Einheit, ist uns bis heute erhalten geblieben.

Ueber Sitters Isolierung in Bayern wird aus München dem Berliner Tageblatt u. a. geschrieben:

„Neuerdings werden, so hört man hier erzählen, norddeutsche Kapitalisten, deren Besitzer ein rechtsradikales Regime fürchten, denen aber der Weg in die Schweiz verschlossen ist, gern bayerischen Banken anvertraut...“

„Rechnet man hinzu, daß die Isondefreudigen großaatrischen und schweizerischen Feinde des Faschismus hier ebenso fest völkisch stehen wie seine Propagandisten auf den evangelischen Kirchenbänken, so ist die außerordentliche Schwäche seiner Position in Bayern offenkundig...“

Das Verfahren gegen Dr. Best geht weiter

EM. Leipzig, 4. Jan. Entgegen den Nachrichten über eine Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Best, den Verfasser des Bremer Dokuments, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die Untersuchung weitergeht.

Krach in Braunschweiger Naziregierung

Nazi und Deutschnationalen beschuldigen sich gegenseitig der Korruption

Braunschweig, 4. Jan. (Eig. Draht.) Im braunschweiger Regierungslager ist ein heftiger Krach im Gange. Nazi und Deutschnationalen beschuldigen sich gegenseitig der Korruption.

Dem Krach liegt ein Vorfall bei einer braunschweiger Staatsbank zugrunde. Der Präsident dieser Bank hat kürzlich Aktien der Helmstädter Bütte an den sächsischen Mühlis-Konzern verkauft.

Deutsche Art?

Die fremde Meinung berguterreihen, Den eigenen Mist aufs höchste pressen, Unflätia schimpfen wie Gassenbuben, Den Wortschatz schöpfen aus Zauschgruben, Die führenden Männer in blutrünstig rohen Geheimnisschriften mit Rache bedrohen, Sich alsüßend für deutsche Sitte ereifern Und jede politische Leistung begeifern, Angeblich den deutschen Mannesmut pfeifen Und nächstlich sich in den Hinterhalt legen, In Ueberzahl einzelne überfallen, Wehrlose Gegner niederknallen, In turbulenten „Beratungsschichten“, Dem Willkürherrscher nach dem Leben trachten, Mit weißen Mäulen und Stinkbombendämpfen Unangenehme Ideen bekämpfen, Das herrschende maßlos kritisieren, Doch vor der Verantwortung retirieren, Im Gerichtssaal sich feig um die Wahrheit winden, Im Parlament bloß-Diäten schinden, Mit der eigenen Vaterlandsliebe prahlen Und pharisäisch sie absprechen den Sozialen, Im Blutransch labistisch geistlichen Weibern Vorschwärmern von toten Marxistenleibern — — —

Ist dieses etwa das deutsche Wesen, In dem einmal sollte die Welt genesen??

Ferdinand Radlinger.

Reichstagsrat auf 12. Januar einberufen

Berlin, 4. Jan. (Eig. Draht.) Reichstagspräsident Lohse hat den Reichstagsrat für Dienstag, den 12. Januar, 11 Uhr vormittags, einberufen, um eine Entscheidung über den neuen Antrag der Kommunisten auf vorzeitige Reichstagsauflösung herbeizuführen.

Wladimir der südlawischen Regierung
Belgrad, 4. Jan. Nach dem heute nachmittag abgehaltenen Ministerrat überreichte das Kabinett Stankowitsch dem König seine Demission.

Kommunistische Streikpleite

Die gewerkschaftliche Arbeiterfront ist Deutschlands Eckpfeiler — aber auch dessen mahndendes Gewissen

Berlin, 4. Jan. (Eig. Draht.) Der von den Kommunisten für Anfang Januar propagierte Generalstreik ist nirgendwo in Erscheinung getreten. Die KPD-Strategen sind um eine Niederlage reicher.

In der Mittagsstunde sind in Essen die Belegschaften auf allen Zechen des Ruhrgebietes angefahren mit Ausnahme von Zeche „Diergardt“, wo von 425 Mann Belegschaft 187 fehlten. Die kommunistischen Versuche, einen allgemeinen Streik heranzurufen, können als gescheitert angesehen werden.

Die Streikparole der KPD, ist auch im Bitterfelder Industriegebiet völlig verpufft. Die kommunistischen Erzählungen über Streiks in der chemischen Industrie oder über Streikbewegungen im Bitterfelder Industriegebiet treffen ebenso wenig zu, wie die Erzählungen von Massenverhaftungen und der Verhängung des Ausnahmezustandes über Bitterfeld.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns hierzu geschrieben:

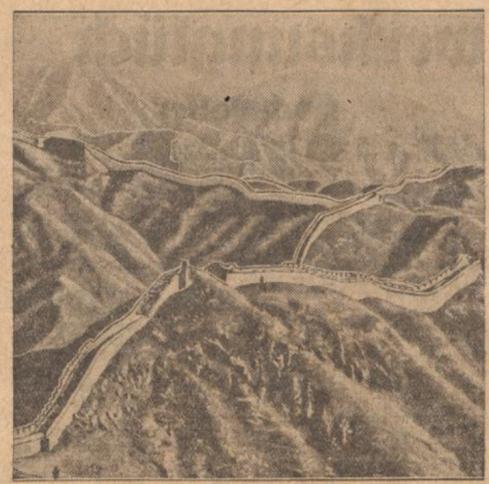
Von dem deutschen Arbeiter könnten in Deutschland manche Leute etwas lernen, vor allem die Vertriebenen, die es sich in den Kopf gesetzt haben, sie allein könnten und mühten den deutschen Arbeiter führen. Bei manchen dieser Herrschaften ist die Einbildungskraft so stark, daß sie allen Erstes den deutschen Arbeiter für einen Generalstreik mobilisieren zu können glauben, der unmittelbar nach Neujahr einsetzen sollte.

Überall im Reich, vor allem in Westdeutschland, im Ruhrrevier, fielen die kommunistischen Streikfächer bei den Arbeitern ab. Alle Terrormaßnahmen der kommunistischen Strohtrupps, durch die die Arbeiter gezwungen werden sollten, einen Streikunfall mitzumachen, waren vergebens.

Die kommunistische Pleite ist offenkundig. Die Blamage der kommunistischen Propagandisten ist riesengroß, denn zu keinem Zeitpunkt konnten sie mehr auf Ansehen rechnen, als in diesem Augenblick. Nie war der deutsche Arbeiter mehr von Erbitterung und Empörung erfüllt als in diesen Tagen und gerade der Bergarbeiter, dem die Notverordnung besonders übel mißfällt, hätte Grund genug mit der Faust auf den Tisch zu schlagen oder die Grubenlampe in die Ecke zu steuern.

Neuer Protest Chinas beim Völkerbund

Genf, 4. Jan. (Eig. Draht.) Die chinesische Regierung hat anlässlich des neuen Normarbes der Japaner westlich des Flusses Tiao eine Note an den Völkerbundrat gerichtet, in der sie Japan für alle Folgen der legitimen Verteidigung ihres Landes verantwortlich macht und die Einberufung des Völkerbunds fordert.



Blick auf einen Teil der chinesischen Großen Mauer

Nach den letzten Meldungen vom chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz scheinen die japanischen Truppen ihre chinesischen Gegner bis hinter die Große Mauer zurückwerfen zu wollen. Diese Mauer ist vor 1700 Jahren entstanden und bildete damals über eine 2400 Kilometer lange Strecke die Nord- und Westgrenze des chinesischen Reiches.

ist ein Unrecht und bleibt ein Unrecht, und dieses Unrecht muß verschwinden und wir verraten wohl kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß man auch im Reichsarbeitsministerium von der Unhaltbarkeit der Lohnregelung der Bergarbeiter überzeugt ist.

Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, und wenn man daran denkt, daß auch über den Kreis der Bergarbeiter hinaus in den deutschen Industriezentren in diesen Tagen die Notverordnung durch alle Gassen schreiet, wie überall der Lohnabbau den Hungerriemen noch enger schnürt, dann grenzt es geradezu ans Wunderbare, daß der Funke der Streikparole der Kommunisten nicht ausbricht. Der deutsche Arbeiter ist, wie das Exempel zeigt, ein nüchternen Mensch. Gewarnt durch viele bittere Erfahrungen im Laufe des letzten Jahres betrachtet er seine Lage kaltschnützig — kritisch. Aber auch er ist schließlich doch nur ein Mensch und wir wundern uns wirklich nicht, wenn da und dort auf einer Grube oder in einer Fabrik ein paar hundert Mann der kommunistischen Streikparole gefolgt sind.

Wenn die Arbeiterfront es überall in übermächtiger Mehrheit es abgelehnt hat, den kommunistischen Generalstreikunfall mitzumachen, so ist das ein Tatbestand, der bei der Regierung und nicht nur bei ihr, sondern überall im Reich stärkste Beachtung und Achtung verdient. Denn darüber geben sich doch wohl die maßgebenden Stellen keiner Täuschung hin; die Rubrik, auf die die Generalstreikparole der Kommunisten stieß, ist eine unheimliche Rubrik.

Die Selbstbeherrschung des deutschen Arbeiters darf die maßgebenden und verantwortlichen Stellen nun nicht etwa dazu verleiten, sich einzureden, es sei alles in Ordnung. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich durch die vorbildliche Haltung des Arbeiters nun etwa einlullen ließe. Die Gewerkschaften werden, soweit es auf sie ankommt, dafür sorgen, daß die Selbstbeherrschung des deutschen Arbeiters nicht falsch gedeutet wird.

Diese Selbstbeherrschung, das wird auch in den Reihen der christlichen Gewerkschaften neuerdings mit besonderer Betonung hervorgerufen, ist der erste Schritt im Kampf gegen die allgemeine Depression, Resignation, Ungewißheit und Unsicherheit.

„Die Gewerkschaften“, so schreibt A. B. die „Sozialwirtschaftliche Korrespondenz“, die vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird, in einer beachtenswerten Neujahrsbetrachtung, „wissen, um was es geht. Sie haben nicht umsonst jahrelang gekämpft um ihre gleichberechtigte Einordnung in das Ganze.“

Jetzt gilt es über alle Gegenwartsnot hinweg die wesentlichsten Grundbedürfnisse des Reichs in die Zukunft hinüberzutragen. Sie tun das mit der Besonnenheit, die nur disziplinierten Menschen eigen ist. Die gewerkschaftlich traute Schularbeit langer Jahrzehnte ist nicht vergeblich gewesen. Sie hat dem Arbeiter gelehrt, daß in Notzeiten ihr größter Feind lediglich Unbeherrschtheit ist, die wohl alles zerfliegen kann, aber nicht einen einzelnen Baustein zum Wiederaufbau zu liefern imstande ist.“

Nicht die Polizei hat die Streikaktionen der KPD verhindert, wie die Reichspressen mit deutlicher Stimmungsanwand die Kommunisten die Dinge darstellt, sondern die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterfront. Die Gewerkschaftsfront ist keine Front von Neuarbeitern. Ihre Soldaten haben Nerven nicht so schnell. Ihre Front ist Front der eisernen Heroen. Diese Front ist bei den der Regierung maßgebenden christlichen Gewerkschaften, „der sicherste, wenn nicht der einzige Eckpfeiler einer Regierung, die Ordnung und Wiedererholung erstrebt“, genannt worden. Um so mehr darf diese Front dann aber auch die Regierung darauf aufmerksam machen, daß die Deutschland noch bevorstehenden schweren Tage nur überstanden werden können, wenn die Lasten gerechter als bisher verteilt werden.

Frankreichs Aufbaufkosten bezahlt

Berlin, 5. Jan. (Funkdienst.) Ueber die Wiederaufbaufkosten des französischen besetzten Gebietes sind die verschiedensten Mitteilungen verbreitet worden. Von zu rühmlicher Stelle wird dazu folgendes mitgeteilt: „Nach Anlage 14 zum französischen Haushaltsentwurf für 1932 betragen die Gesamtschäden im ehemals besetzten franz. Gebiet 98 Milliarden Papierfranken. Davon müssen abgezogen werden 5,8 Milliarden für Schäden an öffentlichen Eigentum und 12,5 Milliarden für Zinsausgaben und Verwaltungskosten.“

Der französische Arbeitsminister Delume hat 1931 in einem Vortrag festgestellt, daß sich der Gesamtaufwand für die Schadensarbeiten im französischen besetzten Gebiet auf 80,1 Milliarden Papierfranken beliefert. Da wir nach amerikanischer Aufstellung schon mindestens 34 Milliarden Mark bezahlt haben, von denen Frankreich etwa 18 Milliarden Mark erhalten hat, so hat Deutschland demgemäß schon mehr für die Aufbaufgaben bezahlt, als nötig war.“

Französische Stimmen gegen Reparationsstreichung

Paris, 4. Jan. (Eig. Draht.) Der Vorschlag der „Depeche“ von Toulouse, endgültig auf die deutschen Reparationszahlungen zu verzichten, stößt in den übriren französischen Zeitungen allgemein auf Ablehnung.

Der nationalistische „Figaro“ erklärt, der Vorschlag der „Depeche“ fordere geradezu zum Spott heraus. Seine erste Folge bestünde darin, das Ansehen Sitters zu erhöhen und das Gefühl seiner Stärke wieder zu erwecken. Die Nazis würden das Recht haben, zu verkünden, daß sie durch die Furcht, die sie einschüßten, die Chancen der Liquidation gewonnen sind. Darauf würde dann, was sowohl im Programm der Nazis, wie in dem der Weimarer Parteien steht, die Wiederherstellung Großdeutschlands mit Hilfe des Anschlusses, die Rückgabe des polnischen Korridors, polnisch-Ober-Schlesiens, Eupens und Malmedys und trotz Locarno des Elba folgen.

Der „Temps“ beschränkt sich vorläufig auf die Feststellung, daß man in dem Artikel der „Depeche“ eine Melodie erkenne, die schon oft von dem Sozialisten Leon Blum gesungen worden sei.

Weitere Abstriche an den preussischen Sachausgaben

Wie RDZ, von unterrichteter Seite erzählt, verhandelt der preussische Finanzminister gegenwärtig mit den übrigen Regierungsvertretern über weitere erhebliche Abstriche an den Sachausgaben des Etats für 1932, um zu verhindern, auf diese Weise das noch bestehende Defizit von 187 Millionen mindestens wesentlich herabzubilden.

Australische Lehren

Ist Sozialismus in einem Lande möglich?

Zm Anschluß an die im Volksfreund veröffentlichte Kritik über eine Reise nach Australien dürfte folgende Betrachtung zu den australischen Wahlen in der Wiener Arbeiterzeitung besonders interessieren.

Die Wahlen in das australische Bundesparlament brachten der regierenden Arbeiterpartei eine schwere Niederlage. Das Pendel, das bei den letzten Wahlen im Herbst 1929 nach links ausschlug und der Arbeiterpartei einen überragend großen Sieg brachte, schlägt diesmal nach rechts. Gewiß handelt es sich auch hier um Krisenwahlen, bei denen stets und überall die regierende Partei in den Augen der Wähler alle Folgen der Weltwirtschaftskrise zu verantworten hat. Aber diese Erklärung reicht hier nicht aus; wer tiefer blickt, erkennt, daß das System der australischen Labour Party, das System der insularen Fiktion, der Versuch, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen, die Auffassung des Sozialismus als Verteilungsproblem gescheitert ist.

Die australische Arbeiterbewegung ist groß geworden im Kampfe um das Prinzip des „Weißen Australiens“, um die Abwehr vor dem Einwandererstrom. Als in der ursprünglichen Strafkolonie in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts reiche Goldlager entdeckt wurden, nahm die Einwanderung, besonders die schiffliche, rasch zu. Im Kampfe gegen die „gelbe Gefahr“ entstand die Arbeiterbewegung und erzielte ihre ersten Erfolge. Aber die Gegenkraft gegen die Einwanderung blieb nicht auf die ethnischen Rassen beschränkt, sie erstreckte sich bald auch auf die europäischen Einwanderer, denen die Tore Australiens immer mehr verschlossen wurden.

Während die amerikanischen Gewerkschaften sich jedem staatlichen Eintriff in das Arbeitsverhältnis aufs schärfste widersetzen, ist die australische Arbeiterbewegung seit jeher staatssozialistisch. Als sie daher zu Beginn dieses Jahrhunderts zum erstenmal die Bundesregierung bildete (es war dies die erste Arbeiterregierung überhaupt), setzte sie entscheidende soziale Reformen durch: den Achtstundentag — daraus ist inzwischen längst die Vierundvierzigstundenswoche geworden —, eine gesetzliche allgemeine Altersversicherung, Minimallohne, Schlichtungsarbeit in Arbeitsstreitigkeiten, Australien — und ähnlich Neuseeland — schien das Paradies der Arbeiter zu sein, die dortigen Erzeugnisse feierten auch die europäischen Arbeiter in ihrem Klassenkampf an.

Aber die australischen Arbeiter haben das Problem zu einfach. Sie sahen im Sozialismus nur ein Problem einer gerechten Verteilung der Sozialprodukte, wogegen die europäische Arbeiterklasse in ihm vor allem eine rationellere, krisenfreie Produktionsmethode sieht; ihr Kampf ging vor allem darum, den Arbeitern ein Stück des aus ihnen ausgepreisten Mehrwerts zu erobern, während der europäische Sozialismus vor allem die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsanarchie anstrebt. So vermochte die australische Arbeiterpartei dem Proletariat wohl auf Grundlageder damals erreichten Wirtschaftsstufe beträchtliche Vorteile zu erobern, aber sie unterband gleichzeitig durch das System der Einwanderungsbeschränkung und des Hochschutzes — Australien ist das klassische Land der Hochschutzmänner — den weiteren Fortschritt. So blieb dieser große Kontinent mit seinen fruchtbaren Flächen und reichen Mineralreichtümern das am dünnsten bevölkerte Gebiet der Erde. Auf nahezu acht Millionen Quadratkilometer wohnt im Jahre 1929 nur etwas über fünfzehnhundert Millionen Personen. Dabei ist Australien derjenige Staat, in dem die natürliche Bevölkerung den größten Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung erreicht; allein in den sieben Hauptstädten wohnen 43 Prozent der Gesamtbevölkerung. So wurde Australien zu einem Weizen- und extensiven Getreideland, sein wichtigster Exportartikel ist die Wolle.

Die australische Industrie aber steht nicht auf der Höhe der modernen Technik; ihre Existenz gründet sich auf die hohen Schutzzölle. Die Wirtschaft entwickelt sich nicht vorwärts, von 1911 bis 1928 nahm die Produktivität pro Kopf nur um ein Prozent zu.

Der Sturz der Agrarpreise brachte den ganzen Staatshaushalt ins Wanken; da kam im Herbst 1929 die Arbeiterpartei an die Regierung mit dem Ziel, die Löhne auf der bisherigen Höhe zu halten. Aber die Krise verschärfte sich, der Wert der Wollausfuhr sank von 81,6 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1928/29 auf 36,5 Millionen im nächsten Jahr, der Wert der Weisenausfuhr von 20,3 Millionen auf die Hälfte, der Zinnsendienst für die aufgenommenen Anleihen wurde unerträglich. Lohnsenkungen lehnte die Regierung ab, aber den andern Weg, nämlich den der Steigerung der Produktivität durch Befriedung des Landes und Modernisierung der Industrie, vermochte sie nicht mehr zu geben. So kam sie bis an den Rand des Staatsbankrotts. Im März dieses Jahres erklärte der Ministerpräsident von New South Wales, Lang, die fälligen Zinssenkungen nach London einzufordern. Da jedoch für diese Verbindlichkeiten die Bundesregierung haftete, kam es zu heftigen Konflikten zwischen dieser und der ebenfalls von der Arbeiterpartei gestellten Regierung in New South Wales.

Die Folge war eine Spaltung der Arbeiterpartei in die vom Ministerpräsidenten des Bundes Scullin und dem Schatzminister Theodore geführte Richtung und in die Gruppe Langs. Schließlich mußte die Regierung doch die Löhne, Gehälter und Pensionen empfindlich kürzen und erregte so auch den Unwillen breiter Arbeitermassen. Die Spaltung verschärfte noch die Niederlage.

Nach der Niederlage der Fiktionspolitik der amerikanischen Gewerkschaften erreicht das gleiche Schicksal die australischen Arbeiter. Werden sie die Lehre daraus ziehen, international zu denken und sich der Internationale der kämpfenden sozialistischen Arbeiterklasse einzuordnen?

Deutsche Bauern aufgewacht!

Warum sind die Preise für eure Erzeugnisse ständig gesunken? Was hat der Landbundminister Schiele getan, um euch zu helfen?

Wer hat die Hunderte von Millionen erhalten, die der Landwirtschaft in den letzten Jahren zugeflossen sind? Die Preise fallen, weil die Kaufkraft der Massen der städtischen Verbraucher infolge von Arbeitslosigkeit und wiederholten Lohnkürzungen ungeheuer gesunken ist.

Die Preise fallen, weil auch die Verbraucher auch wegen der übertriebenen Preissteigerungen durch den Zwischenhandel von euren Erzeugnissen, eurem Vieh, euren Eiern, eurer Milch und eurer Butter zu wenig abkaufen können. Schieles Hilfe gilt nicht euch, sondern nur einer kleinen Schar ostelbischer Junker.

Diese sollen durch hohe Getreidezölle und Geschenke aus der Osthilfe vor dem Untergang gerettet werden.

Hunderte von Millionen sind ungenutzt an die Junker verbannt. Die Katastrophe des ostelbischen Großgrundbesitzes ist aber nur verzögert, nicht beseitigt.

Bauern und Arbeiter in Land und Stadt haben dafür die Kosten aufbringen müssen.

Außerdem werden dem Bauern, der für sein Geflügel und seine Schweine Getreide und Mais aufkaufen muß, diese Futtermittel durch die Getreidezölle unerträglich verteuert.

Für diese Agrarpolitik sind die sogenannten Führer der Landwirtschaft, die sich „Grüne Front“ nennen, verantwortlich. Das sind auch heute noch jene ostelbischen Großgrundbesitzer, deren Verlagen vor dem Kriege und während des Krieges an dem Unglück unserer Zeit ein gerütteltes Maß der Schuld trägt, jene

Minderheiten von Adligen und Junkern,

denen der November 1918 ihre Vorrechte geraubt hat, und denen nun die Befämpfung der neuen Staatsordnung und die Verhinderung einer Volksherrschaft wichtiger ist als die Beförderung des Volkes mit guten und preiswerten Lebensmitteln.

Ihr Ziel ist die Wiederherstellung ihrer früheren Klassenherrschaft, die Ausbeutung der arbeitenden Massen zugunsten adliger Grundrentner.

Wer sind die getreueten Helfer der Großagrarien? Die Nationalsozialisten!

Agrarpolitische Zentrale beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kampfschlossenheit des Reichsbanners

Berlin, 5. Jan. (Funkdienst.) Der Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trat am Montag zu einer Sitzung zusammen, um die nach Ablauf des Weihnachtstriebs erforderlichen Maßnahmen zu beschließen. In der Sitzung kam erneut der ungebrochene Kampfeswille des Reichsbanners zu Ausdruck.

Die Reichsbannerarbeit, insbesondere die technische, wird in geeigneter Form mit unerminderter Energie fortgesetzt. Mit besonderem Nachdruck werden überall die für die Bildung der Eisenfront erforderlichen Maßnahmen durchgeführt.

Das Berliner Reichsbanner tritt mit einer Reihe großer politischer Aktionen zum Angriff an, deren erste am kommenden Freitag unter der Parole: „Unser der Staat, unser die Macht, wir greifen an!“ stattfindet.

Das Ende einer deutschnationalen Herrlichkeit

Deutschnationales Verlagsgesellschaft wird Volkshauss

Das Verlagshaus der Kommunistischen Tagespost in Stettin des deutschnationalen Hauptblattes in Pommern, ist am 1. Januar in den Besitz der Stettiner Arbeiterorganisationen übergegangen. Der Kaufpreis beträgt rund 400.000 M., während die Errichtung des Hauses, der in Stettin in bevorzugter Lage an der Halenstraße liegt, seinerzeit etwa 1,1 Millionen Mark kostete, die fast reiflos aus der Landwirtschaft aufgebracht werden mußten. Das Verlagshaus soll zu einem Volkshauss umgewandelt werden. Die Marxistenleiter der Verlagsgesellschaft der Kommunistischen Tagespost, deren Ausschichtsvorsitzender der deutschnational abgeordnete des preussischen Landtags und Landtagsabgeordnete von Rober-Demmin, ein bekannter Sozialreaktionär, ist, haben also an die Stettiner Marxisten ein deutschnationales Haus verkauft! Vor Jahren haben dieselben deutschnationalen Kreise unter Führung desselben Herrn von Rober einen großen Sturm entfesselt, als ein anderer Hausbesitzer den freien Gewerkschaften ein Grundstück verkaufen wollte.

Der Vorgang beweist — allen Bekanntheiten der Reaktion gegenständig dieses Vorgangs zum Trotz —, daß bei den Gewerkschaften etwas vorfichtiger gemischelt wird als bei den ostelbischen Landbundesräten, die sich vom Staat durchfüttern lassen. Jedenfalls — auch das ergibt man aus dem Stettiner Vorgang — weisen die freien Gewerkschaften noch lange nicht auf dem letzten Loch, wie die Gefinnungsgenossen der ostelbischen Groß-

Den Bauern versprechen sie Befreiung von der Zinsnehtschaft, den Landarbeitern kostenloses Siedlungsland.

Ist das ihr wahres Gesicht? Nein!!

Sie denken gar nicht daran, diese Versprechungen einzulösen, weil sie von den Großbanken und dem Großgrundbesitz ausgehalten werden und nichts tun dürfen, was die Interessen dieser Kreise verfehlt.

Sie wollen dem kleinen Pächter den Pachtzuschuß nehmen. Der Großgrundbesitz dagegen soll unangefastet bleiben. Das hat Hitler selbst entgegen dem ursprünglichen Parteiprogramm der Nazis erklärt.

Die Sozialdemokratie verlangt demgegenüber getreu ihrem Agrarprogramm eine radikale Aenderung dieser bauernfeindlichen Interessenpolitik.

Sie fordert:

1. Energrische Senkung der durch Kartelle hochgehaltenen Preise für Kunstdünger, Baustoffe, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte;
2. sofortige Herabsetzung der Preise für Futtermittel und Futtermittel zur Förderung der Veredelungswirtschaft;
3. enge Verbindung der Landwirte und ihrer Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften zur Ausschaltung unnützer Zwischenhandelsgewinne;
4. keine Verschwendung öffentlicher Mittel zur Stützung doch zusammenbrechender ostelbischer Großbetriebe; statt dessen billige Anfehlung von Bauernsöhnen und Landarbeitern im deutschen Osten;
5. Verbesserung des landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungswezens; Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsumstellung auf die Bedürfnisse des Marktes;
6. Schutz der Kleinpächter gegen willkürliche Kündigung und Pachtzinserhöhung durch ein Pachtzuschußgesetz, das Dauer geltung haben muß.

Deutsches Landvolk

stärkte die Sozialdemokratie und damit die breite Front derer, die für das Wohlergehen und die wirtschaftliche Sicherung aller arbeitenden Schichten kämpfen.

Damit dienst du deinem Volke und dir selbst!

agrarien, die Herren von der Schwerindustrie, tagtäglich durch die Diktierpresse der Öffentlichkeit einreden möchten.

Drei Monate Gefängnis für den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Sattler

Köln, 5. Jan. Vor dem Erweiteren Schöffengericht hatte sich am Montag Reichstagsabgeordneter Karl Sattler (Komm.) wegen Widerstands, Aufforderung zu Gewalttätigkeiten und Beleidigung zu verantworten. Er war bei Gelegenheit schwerer Zusammenstöße zwischen Rubelstörern und der Polizei in den letzten Abendstunden des 10. Mai v. S. bei der Feststellung seiner Personation selbst mit den Beamten in Konflikt gekommen.

Konkursziffern

Am Dezember wurden 1150 Konkurse (gegen 1183 im November) und 848 Versteigerungsverfahren (gegen 886 gemeldet. Am Jahre 1931 betrug die Konkursziffer insgesamt 13.304; die Zahl der Versteigerungsverfahren betrug 8.268. Die Gesamtzahl der Insolvenzen lag 1931 um etwa 15 Prozent höher als 1930.

Freistaat Baden

Die Landwirtschaft und ihre guten Ratgeber

Das Badische Landwirtschaftliche Wochenblatt, die bekannte vom Badischen Landwirtschaftlichen Verein herausgegebene Fachzeitschrift konnte am 1. Januar auf ein Alter von 100 Jahren zurückblicken, eine Zeitspanne, deren würdiges Alter Anlaß gibt, die besten Wünsche für die badische Landwirtschaft zu übermitteln. Der badische Innenminister Maier gab dabei in seinem Glückwunsch an das Landwirtschaftliche Wochenblatt folgenden Gedanken Ausdruck: „Stets haben bedeutende Männer, Führer der praktischen Landwirtschaft, Vertreter der Wissenschaft und der Verwaltungsbehörden in der Zeitschrift ihre Gedanken veröffentlicht und haben dadurch in Tausende von Bauernhäusern, in den Hof des Schwarzwälders, des Seebauern, sowie in das Gehöft im Fränkental oder der badischen Pfalz Belehrung und Anregung gebracht, was für die Entwicklung der badischen Landwirtschaft in ungezählten Fällen von großer Bedeutung und bleibendem Gewinn gewesen ist. Besondere Anerkennung verdient die vorbildliche und sachliche Art, mit der in der Zeitschrift die Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes vertreten wurden und die badische Regierung hat es stets als sehr förderlich empfunden, daß ihr im Landwirtschaftlichen Verein ein treuer Helfer bei ihren Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung stand.“

PREISENKUNIG:

Ab 1. Jan.

Lanella
MARGARINE

1 lb	70	63 ¢
1/2 lb	35	32 ¢

PALMIN

1 lb	70	63 ¢
1/2 lb	35	32 ¢

Aus aller Welt

Die Anklage in Sachen Devaheim

EM, Berlin, 4. Jan. In der Devaheim-Angelegenheit wurde heute beim Landgericht I die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft eingereicht. Sie richtet sich gegen den früheren Leiter des Devaheim-Konzerns, Wilhelm Koppel, den ehemaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats Pastor D. Cremer, den Proturisten Ernst W. Cremer, den früheren Bevollmächtigten der Auslandsanleihe beim Zentralauskunft für Innere Mission, Gustav Dollmar Claussen, ferner gegen den früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Mühlheimer Bauernschaft, Pastor Müller und gegen die früheren Direktoren der Bauernschaft in Mühlheim, Paul Toppel und Kops. — Den Angeklagten werden eine Reihe von ungetreuen Handlungen, Bilanzverschleierung, Beitrag zum Nachteil von Sparern und Kreditgebern und auch Urkundenfälschungen zur Last gelegt.

Von einem umstürzenden Grabstein erschlagen

EM, Bochum, 4. Jan. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich gestern Abend auf dem Ausstellungsgelände eines Bildhauers an der Costnerstraße. Ein 17jähriger Schüler betrat mit seinem 12-jährigen Bruder das eingetriebene Gelände. Der Jüngere wurde plötzlich von einem umstürzenden Grabstein zu Boden geworfen und geriet dabei mit dem Kopf unter den Stein. Der ältere Bruder konnte ihn aus dieser Lage nicht befreien und rief aus der nahe gelegenen Wohnung Hilfe herbei. Als Angehörige herbeieilten, war jedoch der Tod bei dem Knaben schon eingetreten.

Kräfte in der Nazifrauerne

Köln, 4. Jan. (Eig. Drabt.) In der S.A.-Kaserne in der Mittelstraße in Köln sind in der letzten Zeit mehrfach Kräfteerkrankungen erfolgt, was auf die Sauberkeit in dieser Keimzelle hitlerischer Herrschaft ein bescheidenes Licht wirft.

Komponistenmut

Belz Weingarten, 4. Jan. Der bekannte Dirigent und Komponist, der seit einigen Jahren als Leiter der Allgemeinen Musikgesellschaft und als Direktor des Konseratoriums in Basel wirkt, zeigt zum Jahreswechsel keine Vermählung mit Carmen Stuber an. Der Künstler, der im 69. Lebensjahre steht, ist schon mehrmals verheiratet gewesen; in dritter Ehe mit der Sängerin Lucille Marcel, in vierter Ehe mit der Schauspielerin Belza Raifisch. Seine letzte Ehe, offenbar schweizerischer Herkunft, ist als Wüsterei seine Schülerin gewesen. Sie soll erst 25 Jahre alt sein.



Die Universität Würzburg begeht ihr 350jähriges Jubiläum
Am 2. Januar konnte die Universität auf ein 350jähriges Bestehen seit ihrer Wiedererrichtung im Jahre 1582 zurückblicken. Erstmals 1402 gegründet, war sie 1430 geschlossen worden und konnte erst 150 Jahre später wieder eröffnet werden. 1896 überfiel die Universität in das neue Gebäude, das unter Bild steht.

Indische Kundgebungen gegen Ghandis Verhaftung

London, 4. Jan. (Eig. Drabt.) Die Verhaftung Ghandis hat es klar gemacht, daß die indische Regierung den Stimmen, die zur Zurückhaltung und Nachsicht mahnten, kein Gehör zu schenken gedenkt. Die vier neuen Verordnungen, die inzwischen bekanntgemacht worden sind, bestätigen auch den letzten Zweifel hieran. Sie machen den Kongress ungesetzlich, so daß keine Organisationen jeberzeit und überall in Indien aufgestellt werden können. Die Beförden können Verhaftungen vornehmen und die Gefangenen ohne Unterbrechung in Gewahrsam behalten.
Ghandi ist in das Gefängnis von Raona eingeliefert worden, das er nun zum drittenmal betritt. Die Polizei hatte die Telegraphen und Telefone dort unter Kontrolle gestellt, so daß die Bevölkerung dort nichts von der bevorstehenden Ankunft des Mahadma wußte.
In Bombay fanden größere Kundgebungen statt. In den Umzügen beteiligten sich etwa 50 000 Menschen. Die Demonstrationen verliefen bisher ruhig. Zwei Flugzeuge wurden am Montag vormittag in der Stadt verteilt, auf denen die Bevölkerung zu einer dreitägigen Arbeitsruhe und zu großen Demonstrationen aufgerufen wurde.

Gewerkschaftliches

Kommunaler Lohnkonflikt in Berlin

Berlin, 5. Jan. (Funkdienst.) Die Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Berliner städtischen Gas- und Wasserwerke haben am Montag Abend nochmals zu dem Tarifkonflikt in ihren Betrieben Stellung genommen. Der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Scham, teilte den Funktionären mit, daß die Gewerkschaften alles versucht haben, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Im Verlauf ihrer Bemühungen hätten am Montag mit den leitenden Stellen des Berliner Magistrats Besprechungen stattgefunden, und dabei sei den Gewerkschaften zugesichert worden, daß am Dienstag nochmals Verhandlungen stattfinden mit dem Ziel, den Konflikt beizulegen. Scham empfahl den Funktionären angesichts dieser Verhandlungen, eine **Arbeitsruhe** in den Betrieben noch nicht vorzunehmen, sondern den Oberleuten der Betriebe, die am Mittwoch zusammenzutreten, die Entscheidung über den Beginn der Arbeitsruhe zu übertragen. — Nach kurzer Aussprache traten die Funktionäre dem Vorschlag des Bevollmächtigten des Gesamtverbandes bei.

Der Lohnabbau der Reichsbahn

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat die Kürzung des Lohnes der Reichsbahnarbeiter ab 1. Januar in vollem Umfang nach den Bestimmungen der Notverordnung angeordnet, ohne von den durch die gleiche Notverordnung gebotenen Möglichkeiten zur Vermeidung von Härten Gebrauch zu machen. Die Lohnabbauordnung der Reichsbahnverwaltung ist erfolgt, nachdem ihr die vertrauensschleichen Organisationen der Hauptverwaltung eingehend ihre großen Bedenken gegen eine schematische Anwendung der Abbau-Bestimmungen der Notverordnung für den Reichsbahnbetrieb vorgebracht hatten. Die schematische Anwendung der Notverordnung auf die Löhne der Reichsbahnarbeiter schafft praktisch großes Unrecht. Dieses Unrecht kann zu einer Gefahr für das Unternehmen werden. Die führenden Eisenbahnerorganisationen haben durch eine Eingabe die Reichsregierung, vor allem den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister, auf das Lohnabbauunrecht bei der Reichsbahn aufmerksam gemacht. Der Inhalt der Eingabe besagt im wesentlichen folgendes:

Für die Arbeiter in Privatbetrieben ist nach der Notverordnung eine Lohnschutzklausel geschaffen worden. Sie bestimmt, daß die Grundlöhne der Arbeiter nach dem neuen Abbau nicht die Grundlöhne vom 10. Januar 1927 unterschreiten dürfen. Die Lohnschutzklausel gilt für die Arbeiter im Reichsbahnbetrieb nicht, obgleich deren Grundlöhne zum großen Teil weit unter die vom 10. Januar 1927 zu liegen kommen. Mit der Anwendung der 10prozentigen Lohnkürzung durch die Reichsbahnverwaltung wird für die Lohngruppen I, II und III bis auf wenige Ausnahmen in den einzelnen Ortsklassen bis zu 3 Pfennig in der Stunde unterschritten. Dabei ist noch folgendes zu berücksichtigen:

Der Lohn vom 10. Januar 1927 war bereits am 1. Juli 1926 in Kraft getreten. Die Gewerkschaften wollten ab 1. Januar 1927 eine Lohnerrhöhung erwirken. Diese wurde dadurch vereitelt, daß die Reichsbahnverwaltung sich bereit erklärte, den Arbeitern im Reichsbahnbetrieb im Dezember 1926 eine einmalige Vergütung von 88, 34 und 30 M auszubehändigen. Würde man diesen Betrag auf die Arbeitsstunde umlegen, so ergäbe sich ab 1. Januar 1927 für das laufende Jahr eine Lohnerrhöhung von mindestens 1 Pf. pro Stunde.

Im Januar 1927 gehörte noch zu dem Lohn der Eisenbahnarbeiter ein Frauenaufschlag von 3 Pf. pro Arbeitsstunde. Dieser Aufschlag fiel mit dem 1. April 1931 fort. Am 10. Januar 1927 stellte er noch einen Lohnbestandteil dar.

Der Kinderaufschlag wurde bis zum 31. März 1931 für den Lohnberechtigten Tag gezahlt. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Kinderaufschlag für die Lohnberechtigten Stunde gezahlt, wodurch für rund 50 Prozent der Eisenbahnarbeiter eine Lohnminderung von 0,3 Pfennig pro Stunde eintritt.

Für rund 50 Prozent der Eisenbahnarbeiter ist gegenüber dem 10. Januar 1927 die Arbeitszeit von 54 auf 48 Stunden in der

Woche ohne Lohnausgleich gekürzt worden. Das bedeutet, gemessen an den Grundlöhnen, eine unsichtbare Lohnkürzung von rund 12 Prozent.

Für die gleichen Arbeiter, die gegenüber 1927 eine Arbeitszeitverlängerung um 1 Stunde täglich ohne Lohnausgleich auf sich genommen haben, sind fast ununterbrochen seit Februar 1930 pro Monat 3 und 4 Feiertage vereinbart bzw. angeordnet gewesen. Auch diese Maßnahme bedeutet eine Lohnkürzung von rund 12 Prozent.

Im Reichsbahnbetrieb sind rund 360 000 Arbeiter beschäftigt. Die Hälfte dieser Arbeiter ist von den angeführten Wirkungen betroffen. Wenn nun schon die Arbeiter, die weder eine Arbeitszeitverlängerung erhalten haben, noch Feiertage in Kauf nehmen müssen, durch den Lohnabbau nach der Notverordnung mit ihrem Lohn unter den Stand vom 10. Januar 1927 sinken, so wird die niedrige Lohnlage der übrigen Arbeiter noch unerträglich.

Die Mehrzahl der Eisenbahnarbeiter hat durch die Notverordnung ab 1. Januar 1932 noch ein bedeutend niedrigeres Einkommen, als sie im November 1924 hatte. Die Eisenbahnergewerkschaften bringen hierfür in ihrer an die Reichsregierung gerichteten Eingabe an Hand genauer Ziffern einen unanfechtbaren Beweis. Dazu kommt nun aber noch, daß angesichts der erhöhten Steuerleistungen und der erhöhten Leistungen an Sozialbeiträgen das Einkommen der Reichsbahnarbeiter sich gegenüber 1924 noch weiter bedenklich ermäßigt.

Eine beträchtliche Anzahl von Eisenbahnarbeitern dürfte mit ihrem Lohn Einkommen fast auf die Unterstufungssätze der Gewerkschaften, wie sie im Durchschnitt gezahlt werden, heruntersinken. So erhält der Eisenbahnarbeiter im mittleren Lohngebiet und in der mittleren Ortsklasse — also Wirtschaftsgebiet 2. Ortsklasse C — mit Frau und Kind, soweit er zur Ableistung einer Feiertagspflicht pro Woche verpflichtet ist, in Lohngruppe III 24,50 M, V: 21,20 M und VII: 20,40 M. In dem niedrigsten Lohngebiet und der niedrigsten Ortsklasse erhält der verheiratete Arbeiter ohne Kinderaufschlag in Lohngruppe III 21,60 M, V: 18,80 M und VII: 18 M. Dabei ist zu beachten, daß es sich bei der Lohngruppe III um handwerklich vorgebildete Arbeiter handelt, während in Lohngruppe V ungelernete Arbeiter eingestuft sind, und unter die Lohngruppe VII ungelernete Arbeiter fallen. Ebenso ist zu beachten, daß es sich hier um Bruttolöhne handelt, die sich noch mindestens um 15 Prozent durch Sozialabzüge und dergleichen ermäßigen, so daß in vielen Fällen ein Nettolohn von rund 15 M herauskommt.

Die Eisenbahnergewerkschaften betonen in ihrer Eingabe an die Regierung, daß die Reichsregierung unmaßlich solche Auswirkungen ihrer Notverordnung gemollt habe; denn der Eisenbahnarbeiter habe doch schließlich einen schweren, gefährlichen und verantwortlichen Dienst. Die Eisenbahnarbeiter verlangen keine Bezugsgründe, wohl aber eine Entlohnung, die ihnen wenigstens die Erteilung ermöglichte.

Hochwasser

Die Wasser steigen - Dammbüche - Ueberschwemmungen

Schwere Folgen des Witterungsumschlages

*** Freiburg, 4. Jan.** Der plötzliche Witterungsumschlag führte, durch Regenfälle vergrößert, zu einem erheblichen Anschwellen der Schwarzwaldflüsse. Der Oberrhein ist in den letzten 24 Stunden um über einen Meter gestiegen. Die erste Flutwelle hat bereits Rehl erreicht. Die Kinzig hat im Gebiet zwischen Offenburg und Rehl weite Ueberschwemmungen verursacht und südlich von Rehl den Bahndamm untergründet, so daß seit heute morgen der Verkehr auf der Strecke Appenweier-Rehl unterbrochen ist. Man versucht den lokalen Verkehr durch Umsteigen an der Einbruchsstelle aufrechtzuerhalten, während der Schnellzugverkehr Appenweier-Rehl-Strasbourg über Wintersdorf umgeleitet wird.

Das Hochwasser der Kinzig

D3. Rehl, 4. Jan. Heute früh um 5 Uhr wurde die Einwohnerschaft von Rehl durch die Alarmglocke aus dem Rathaus aus dem Schlaf geweckt. Die Feuerwehr war zu einem Dammbuch im Gebiete der Kinzigregulierung in der Nähe von Neumühl gerufen worden, wo die Kinzig infolge des Hochwassers in das neue Bett eingedrungen war und den dort entlang führenden alten Eisenbahndamm auf einer Strecke von 20-25 Metern untergründet hatte, so daß die beiden Schienenstränge in die Luft ragten. Schon gestern Abend bemerkte man, daß das Hochwasser der Kinzig an dieser Stelle gefährlich werden könne. Deshalb wurden sofort umfangreiche Vorkehrungen zur Befestigung des Damms unternommen. Als letzter Zug verließ um 2 Uhr nachts der Pariser Schnellzug die Strecke, die dann gesperrt werden mußte. An der Unfallstelle konnte die Feuerwehr infolge der Dunkelheit zunächst nichts ausrichten. Erst gegen 9 Uhr wurden die Arbeiter zur Behebung der Schäden seitens der Feuerwehren und Eisenbahner ernahtig aufgerufen. Der lokale Zugverkehr wird durch Umsteigen an einer in der Nähe der neuen Eisenbahnbrücke errichteten Notabteilstelle aufrechterhalten, bis zu welchem Punkte der Eisenbahnverkehr durchgeföhrt werden kann.

Der Neckar

D3. Heidelberg, 4. Jan. Schneeschmelze und Regen haben zu einem raschen Anwachsen des Neckars geföhrt. Seit heute morgen haben wir Hochwasser. Um 8 Uhr zeigte der Pegel in Heidelberg 3,84 Meter, eine Stunde später bereits 4,05 Meter bei langsamem Weitersteigen. Das Vorland ist überschwemmt. Vom Oberlauf wird ein Fall des Wassers gemeldet. Auch Kobler und Jaatz sind zu reißenden Strömen geworden.

Die Enz

D3. Pforzheim, 4. Jan. Enz und Nagold föhren Hochwasser. Der Notweg über die Enz in der Nähe des Fischersteiges mußte heute abgebrochen werden.

Die Saalbach

D3. Bruchsal, 4. Jan. Die Saalbach föhrt Hochwasser, doch sorgt die im Mai vergangenen Jahres vorgenommene Ausgleichung des Bachbettes für rascheren Abfluß. — Das Hochwasser der Kraichbach hat wieder die tiefer gelegenen Gemarkungen von Unterzöwisheim, Ubstadt, Weiber um. auf weite Strecken überschwemmt.

Keine Hochwassergefahr für den Rhein

*** Freiburg, 4. Jan.** Die Flutwelle des Rheinstromes, die heute vormittag Rehl erreichte, ist heute nachmittag in Maxau angelangt. Das Wasser ist auf annähernd 5 Meter gestiegen. Es besteht jedoch ebenso wie in Rehl und Bruchsal keine Ueberschwemmungsgefahr. Das Hochwasser der Kinzig bei Rehl, das am Montag früh einen Dammbuch auf einer Strecke von etwa 25-30 Metern zur Folge hatte, ist im Laufe des heutigen Tages wieder zurückgegangen. An der Ausbesserung des Damms wurde den ganzen Tag gearbeitet; die Arbeiten werden auch in der Nacht fortgesetzt und man hofft, den durchgehenden Verkehr von Appenweier nach Rehl im Laufe des Dienstag mittags wieder aufnehmen zu können. Die Züge verkehren a. 3. bis Kork und von hier aus werden die Reisenden mit Omnibussen der Reichspost nach Rehl weiterbefördert.

Gemeindepolitik

Hohenwetterbach. Vom Bürgermeisteramt Hohenwetterbach wird uns geschrieben: Der besonders harte Winter in diesem Jahre machte es mehr als je erforderlich, durch gemeinamte Sammlungen die Not der Armen zu lindern. Der dritte Fürsorgeausflug, der zu diesem Zweck vom Gemeinderat noch erweitert wurde, hat sich in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, dieser edlen Sache zu dienen zum Wohle aller derer, die in dieser schweren Zeit in Not geraten sind. Lobend muß anerkannt werden, daß trotz der schweren Zeit Gaben für die Notgemeinschaft in reichlichem Maße gesammelt werden konnten, insbesondere an Geld, Lebensmittel und Kleidungsstücken. Den größten Anteil an Spenden wurden von Baron von Schilling, den Gutspähtern Ehardt und Hotel schiffel. Auch auswärtige Firmen und Geschäftleute haben die Notgemeinschaft durch Spenden an Lebensmittel und Kleidungsstücken unterstützt. Nicht vergessen wollen wir die Hausammlung innerhalb der Gemeinde, bei welcher ebenfalls ein ganz ansehnlicher Betrag an Geld, wie an Lebensmitteln aufgebracht werden konnte. Die Notgemeinschaft dankt auch an dieser Stelle allen Gebern und den Helfern der Kleidungsstücke für ihre freundliche Unterstützung. Durch die zahlreich eingesandenen Gaben war es der Notgemeinschaft möglich, bis zu Weihnachten bereits zwei Verteilungen vorzunehmen. Während man sich bei der ersten Verteilung nur auf Lebensmittel beschränkte, konnte bei der Verteilung an Weihnachten außer Lebensmittel auch noch Kleidungsstücke zu Ausgabe gelangen.

Die Notgemeinschaft wird auf ihrem Weg weitergeben mit dem Grundsat: Wir wollen den Notleidenden helfen. Etwa uns noch zugebacht Spenden werden auf dem Rathaus mit Dank angenommen.

Appenweier (Kuratel). Der hiesige Gemeinderat hat mit Wirkung vom 1. Dezember die Gemeindebesteuer vom doppelten auf den einfachen Betrag, das sind 5 M je Hektoliter, zurückgesetzt. Die leinerzeitige Verdoppelung des Steuerlages hat sich als Fehlschlag erwiesen und nicht die erhofften Mehreinkünfte gebracht, da das übersteuerte Bier durch den starken Wettbewerb des billigen Weines einen katastrophalen Abverkauf erlitten hat.

Bürgermeisterwahl in Appenweier

Im zweiten Wahlgang für die Bürgermeisterrwahl wurde Gemeinderedner Restel mit 800 Stimmen gewählt. Seine Gegenkandidaten, Gemeinderat Bell und Kommunist Lechleiter, erhielten 535 bzw. 11 Stimmen. An der Wahl haben sich 92 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt.

Logat-Tabletten. Wer versucht nicht alles mögliche, um von seinen rheumatischen und arthritischen Schmerzen befreit zu werden! Mit Logat-Tabletten konnten laut zahlreichen ärztlichen Berichten sehr beachtenswerte Erfolge bei Rheuma, Gicht, Neuralgie erzielt werden. Sie wirken sehr prompt und rufen absolut keine unangenehmen Nebenwirkungen auf. Das ist ein großer Vorteil, was einen großen Vorzug anderen, ähnlichen Mitteln gegenüber bedeutet. Wundervoll sind Logat-Tabletten den Organismus. Für die Gelumbheit ist das Beste gerade gut genug.

Soziale Rundschau

Die Vereinfachung der Behördenangelegenheiten

Wir erhalten folgenden Notruf: Durch die immer geringer werdenden Einkommensverhältnisse der Angestellten der unteren Gruppen ist es jetzt schon soweit gekommen, daß die wirtschaftliche Existenz eines jeden einzelnen gefährdet ist. Bei einem monatlichen Einkommen von circa 150 bis 180 M ist das auch gar nicht anders möglich; zumal ein großer Teil dieser Leute in Neubauwohnungen wohnt und, außer einer circa 10prozentigen Befreiung durch soziale Abgaben (Angehörigen-, Kranken- und Erwerbslosenversicherung) bis zu 30 Prozent ihres Einkommens für Miete zahlen. Trotzdem daß diese Berufsgruppe an das Ende gebracht worden ist, wurde kürzlich nochmalige Rot in Form einer weiteren Gehaltskürzung verordnet. Wir rufen Herrn Dr. Brüning zu, halten Sie endlich ein mit dem politischen Kurs der Gehaltskürzung! Es kann dabei keinem Zweifel unterliegen, daß das Los der circa 300.000 Behördenangestellten alles andere, nur nicht erfreulich zu nennen ist. Wer also noch ein Herz im Leibe hat, wird den Behördenangestellten mehr Verständnis entgegenbringen als bisher. Darum muß es auch Aufgabe eines jeden einzelnen sein, sei es beim Viertisch oder im Gesangsverein oder bei sonst passender Gelegenheit die öffentliche Meinung für die Behördenangestellten zu interessieren, damit auch für uns die soziale Gerechtigkeit durchdringt. Es mutet sonderbar an, wenn immer nur von der Unterbewertung der Dienstposten der Assistenten, Sekretäre, Inspektoren und Oberinspektoren gesprochen wird und dabei ganz verfehlt, daß doch auch noch Angestellte da sind, die Hand in Hand mit den angeführten Berufsgruppen arbeiten. Gerade so wie die Beamtengruppen für eine gerechte Anerkennung und Bewertung ihrer Dienstposten kämpfen, müssen auch wir diesen Kampf um unser Dasein führen. Nein, wir müssen unsern Beruf mehr schätzen wie der Beamte den seinigen und zwar weil wir ihn bei unserer Existenzunsicherheit täglich neu erkämpfen müssen. Ist denn nicht jeder Arbeiter seines Lohnes wert? Gerechtigkeit haben schon ähnliche Berufsgruppen an die Befreiung der Behördenangestellten gedacht. Es muß doch schließlich einmal erkannt werden, die Behördenangestellten nicht zu einer absterbenden, sondern zu einer wachsenden Schicht zu machen. Neben dem Berufsbeamtenamt wirkt eine neue Schicht, das sind die Behördenangestellten beim Reich, bei den Ländern und Gemeinden und in den Dienststellen der Sozialversicherungsträger. Leider kennt die öffentliche Meinung viel zu wenig von diesen Angestellten. Der Arbeitgeber Staat kann auf Grund des Privatdienstvertrags kündigen, weil die Angestellten nicht auf Lebenszeit angestellt sind. Aus diesem Grunde muß er täglich seine Leistungen unter Beweis stellen, denn wenn seine Leistungen nachlassen, kann er damit rechnen, daß arbeitssame und jüngere Kollegen ihn ersetzen. Das Leistungsprinzip der Angestellten ist daher im Vordergrund. Es müßte daher auch die Aufstiegsmöglichkeit gewährleistet sein. Das ist leider nicht immer der Fall. Bei den meisten Behörden ist es doch so, daß der Angestellte eine bestimmte Gruppe nicht übersteigen darf, selbst wenn die Voraussetzungen für eine Höherbeurteilung gegeben sind. Was die Behördenangestellten besonders beklagen müssen, ist das nicht loswerdende Gefühl der Unsicherheit ihrer Existenz und die bange Frage: „Was wird morgen aus dir?“ Diese Frage hat ihre volle Berechtigung, weil, wenn zu einer Kürzung der Mittel für die Befreiung der Angestellten geschritten wird, man einfach den Behördenangestellten auf die Straße setzt. Das geschieht bedauerlicherweise oft mit einer Rücksichtslosigkeit, die sich mit den Ideen eines sozialen Sozialstaates nicht vereinbaren läßt. Besonders müssen sich die Behördenangestellten gegen die Kürze wenden, die am Werke sind, die Sozialversicherung zu befeitigen und die Tarifverträge zu zerlegen.

Darum, Behördenangestellte, heraus aus der politischen Neutralität und hinein in die Kampffront des schaffenden Volkes, die allein eine bessere Zukunft für die arbeitende, notleidende, unterdrückte Menschheit erringen kann. Aufgabe eines jeden einzelnen Behördenangestellten ist also, seine Berufs- und Standesorganisation so stark wie möglich zu machen. Dazu gehört natürlich auch, daß man ihr die Mittel zur Verfügung stellt, die nun einmal nötig sind. Darüber hat jeder Behördenangestellte und überhaupt jeder Staatsbürger die Pflicht, sich nach seiner Weltanschauung politisch einzusetzen und in den politischen Körperlichkeiten so zu betätigen, daß der Staat in der Lage ist, sich wirklich fürsorgend und ausgleichend zu betätigen. Den sozialen Inhalt gibt das Volk dem Staat. Die raube Wirklichkeit zeigt ganz unabweisbar die weite geistige Entfernung großer Teile des deutschen Volkes von Staatsbürgerlicher Gesinnung. Die Urklugheit ist die jahrhundertelange Untertanenverehrung. Mit der Staatsumwandlung erfolgte aber nicht ohne weiteres die Wandlung vom Untertanen zum verantwortungsbewussten Staatsbürger. Für viel Volksgenossen scheint es sogar angenehmer zu sein, sich registrieren zu lassen (siehe Hitlerbewegung) als mitzureden.

Schreckensbilder aus dem Dollarlande

Der Frankfurter Zeitung wird aus den Vereinigten Staaten über wahrhaft furchtbare Zustände in einem der Bergbaugebiete berichtet. Wir zitieren die folgenden Stellen aus dem Bericht:

Von Pennsylvania und West-Virginien bis nach Alabama und Alabama leben die Grubenarbeiter in einer Art Belagerungszustand. Fast alle Tage kann man hören, daß hier eine Schießerei stattgefunden hat und dort ein Attentat auf Grubeneigentum versucht wurde. Privathäuser werden aus Rache angezündet, Leute aus dem Hinterhalt überfallen, und Minderungen aus Hunger sind keine Seltenheit. . . . Die Minenpolizei trägt Panzerwesten und besteht vielfach aus zweifelhaften Elementen, die sich einen Spaß daraus machen, die Arbeiter zu terrorisieren. Einige dieser beruflichen Rowdies sind von den Minenbesitzern aus Chicago engagiert worden, wo sie sich den Ruf der Zuverlässigkeit in ihrem Handwerk erworben hatten. Die Erbitterung unter den Arbeitern ist aufs äußerste gestiegen. Viele von ihnen stehen auf der schwarzen Liste und finden nirgends mehr Arbeit, weil sie sich der Gewerkschaftsbewegung angeschlossen hatten. Ihre Frauen und Kinder hungern und sollen selbst von den primitiven Wohltätigkeitsorganisationen boykottiert werden. Der Kampf wird auf beiden Seiten mit unerhörter Grausamkeit und Wut geführt. Er zeigt einen ganz besonders finsternen Ausschnitt aus dem Industrialisierungsprozeß im amerikanischen Süden. Die dabei auftretende Unmenschlichkeit und Rücksichtslosigkeit ist kaum zu übersehen. . . .

Die im ganzen Süden traditionelle patriarchalische Einstellung des Arbeitgebers seinem Arbeiter gegenüber gibt jeder Organisationsbewegung in den Augen des „Brotherrn“ etwas Umstürzlerisches und Verbroderliches. Es geht — denken die Unternehmer — um die unantastbaren Prinzipien des Kapitalismus; es geht um das Fundament, auf dem der Staat aufgebaut ist. Wer mit der „International Workers of the World“ etwas zu tun hat, wer der „United Mine Workers Association“ angehört, wer „staatsfeindlichen“ Grundgedanken und „kommunistischen“ Ideen huldigt, ist ein Feind und muß als solcher behandelt werden. Daher: Kampf bis aufs Messer gegen Attentäter: nicht nur in den Reichsbahnbezirken, sondern auch in den Minenbezirken des Südens ist diese Parole fassbar bekannt.

Am häufigsten wurde in der letzten Zeit Barfan County in Kentucky in der Presse genannt. Hier sieht es aus wie in einem bewaffneten Lager. Arbeiter und Minenpolizisten führen einen Guerillakrieg. Nachdem die Arbeitgeber die an sich schon äußerst niedrigen Löhne um 10 Prozent gekürzt hatten, wurde die Situation unbeherrschbar. Die Arbeiter rotteten sich zusammen. Die Unternehmer stecken Waffen und Munition kommen und bestellen Verhaftung. . . .

In den letzten Monaten wurden „verdächtige Subjekte“ massenhaft samt ihren Familien von der Grubenpolizei auf die Straße gesetzt. Denn die Holzruben, in denen die Arbeiter wohnen, gehören den Grubenbesitzern. Die Robereien und Ausschreitungen nahmen zu und die Spannung wurde immer größer. Schließlich stieß ein Zug Demonstranten mit einigen Automobilen aufkommen, die mit Minenpatriotiken besetzt waren. Es kam zu einer regelrechten Straßenkampf in Orte Coarts, in deren Verlauf auf beiden Seiten Tote und Verletzte danongetragen wurden. . . .

Diese schrecklichen Zustände herrschen nun schon seit vielen Monaten. . . . Das Los dieser Arbeiterfamilien, die früher einmal freie Bergbauern waren und auf den grünen Hügeln Kentucky ihre Höfe hatten, ist heute jämmerlich. Zerlumpte Frauen, hungrige Kinder, die durch Armut und Unterernährung davon abgestoßen werden, in die Schule zu geben, und gebrochene Gestalten gehören zum täglichen Bild. Drückt die materielle Not schon schwer, so ist die politische Entrechtung um so deprimierender. . . .

Volkswirtschaft

Verringerter Kaufkraft droht Eisenbahnverkehr

Der Güterverkehr der Reichsbahn zeigte im November gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 11,74 Prozent, und gegenüber November 1929 sogar von 26,18 Prozent. Der Personenverkehr ist ebenfalls weiter gesunken. Die Einnahmen zeigten mit 290,01 Millionen einen bisser noch nicht verzeichneten Tiefstand; der Einnahmehausfall im Personen- und Gepäckverkehr betrug gegenüber November 1930: 19,7 und gegenüber November 1929: 25,4 Prozent; beim Güterverkehr hat eine Einnahmehausfall um 17,9 bzw. 38,7 Prozent vor. Die Gesamtausgaben betragen 344,55 Millionen. Die für den Betrieb des Eisenbahnverkehrs im Dezember 1931 durch Betriebs-einnahmen nicht gedeckten Ausgaben betragen Ende November 401 Millionen Mark. Gegenüber Oktober war im November die Beschäftigtenzahl von 675 681 auf 663 463 Personen verringert.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- 5.6. Am Freitagabend treffen wir uns im Heim. Vortrag des Gen. Marx: „Politische Jahresrückschau 1931.“
- Freuen-Feiernabend im Bezirk Südstadt
- Dienstag, 5. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ Fortsetzung der Feiernabend. Jahresrückschau ist erforderlich.
- Bezirk Altstadt
- Mittwoch, 6. Januar, abends 8 Uhr im „König von Württemberg“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: „Die gegenwärtige politische Lage.“ Referent: Landtagsabg. Genosse Trinks.
- Parteisessen und Genossinnen, erscheint wöchentlich.
- Bezirk Ruppurr (Dammertod—Gartenstadt—Ruppurr)
- Die Hauptversammlung des Bezirks, die am Mittwoch, 6. Januar, 20 Uhr, im Kindergarten stattfindet, hat folgende Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Tätigkeits- und Kasendbericht, 3. Neuwahlen, 4. Anträge, 5. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannszug: Mittwoch, 6. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung im „Volkshaus“. Alle Spielleute müssen anwesend sein. Stafe und Schulz: Donnerstag, 7. Januar, 8 Uhr abends, Wiederbeginn der Übung.

Ämterliche Bekanntmachungen

Gebäudefondertsteuer.

Die neunste Monatsrate der Gebäudefondertsteuer für das Rechnungsjahr 1931 (Rate für Dezember 1931) ist auf 5. Januar 1932 fällig. Wer bis zu diesem Zeitpunkt seine Steuerpflicht nicht befreit, hat als Vermögensgegenstand 12 p. H. Verzugszinsen zu entrichten; außerdem setzt er sich der Gefahr einer mit weiteren Kosten verbundenen Zwangsvollstreckung aus. Eine persönliche Mahnung ergeht nicht. Karlsruhe, den 5. Januar 1932. Der Stadtrechner.

B.-Badener Anzeigen

Gebäudefondertsteuer betr.

An die Zahlung der Gebäudefondertsteuer für den Monat Dezember 1931, welche am 5. Januar 1932 fällig ist, wird hiermit erinnert. Eine schriftliche Mahnung erfolgt nicht mehr an die einzelnen Steuerpflichtigen. Jeder, der nicht rechtzeitig diese Steuer entrichtet, hat nach Ablauf einer Schonfrist von einer Woche, also für Zahlungen, die nach dem 12. Januar 1932 geleistet werden, die gemäß Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 8. 12. 1931 angeordneten Verzugszinsen von 12 Prozent jährlich zu zahlen. Außerdem haben sämtliche Schuldner die Kosten des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu tragen. 121

Gaggenauer Anzeigen

Winterhilfsmassnahmen der Reichsregierung zur Befreiung von finanziellen Schwierigkeiten

Es sind noch von dem Reich zur Verfügung gestellten Reichskarten, welche zum Bezug von verbilligtem Fleisch gelten, vorhanden, welche aber nur an Unterhaltungsempfänger der Stadtgemeinde Gaggenau abgegeben werden können, soweit sie solche noch nicht erhalten haben. Zu den Unterhaltungsempfängern zählen auch noch die Empfänger von Zulagen, soweit sie ausschließlich von der Militär- und Zukunftsrente ihren Lebensunterhalt zu bestreiten haben. Die Reichskarten können auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 bei Herrn Regele in Empfang genommen werden. 120 Gaggenau, den 4. Januar 1932. Der Bürgermeister, Schneider.

Partei-Nachrichten

Karl Hahn

Eine Trauerkunde wird aus Mannheim übermittelt: Am Sonntagabend ist Genosse Karl Hahn, der einstige Landessekretär der badischen Sozialdemokratie einem schmerzhaften Leiden erlegen. Mit Karl Hahn ist ein Mitkämpfer aus den Reihen der badischen Sozialdemokratie geschieden, der sich um den Aufstieg unserer Bewegung größte Verdienste erworben hat. Im Jahre 1888 in Gotha geboren, kam der Metallarbeiter Hahn um die Jahrhundertwende nach Mannheim, wo er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die sozialdemokratischen Ideale einsetzte. Im Jahre 1907 übernahm er das Amt eines besoldeten Landessekretärs der badischen Sozialdemokratie, deren Geschäfte er bis 1923 mit dem verstorbenen Genossen Strobel zu allgemeiner Befriedigung leitete. Auch als Mitglied des badischen Landtags während mehrerer Wahlperioden sowie auf dem Gebiete der Mannheimer Kommunalpolitik hat sich der Verstorbenen große Verdienste erworben. 1923 trat Karl Hahn als Hauptkassier in den Verband der Mannheimer Volkstimme über, wofür er bis zu seiner zur Ruhelegung im vorigen Jahre tätige war. Mit dem Verstorbenen starb ein überaus energiegelanger Arbeiter der Sozialdemokratie, dessen Andenken bei allen, die sein ruhiges und bescheidenes Wesen verehrten, in dauernder Erinnerung bleiben wird.

Buchkontrolle - Markenwechsel

Um einen ordnungsgemäßen Jahresabschluss zu ermöglichen, ist jeweils am Jahresabschluss in jedem Ortsverein eine gründliche Kontrolle der Mitgliedsbücher durchzuführen. Die Parteileitungen und -genossen werden deshalb dringlichst gebeten, den Unterfassieren ihre Arbeit insofern zu erleichtern, daß sie das Mitgliedsbuch bereit halten, damit der Unterfassierer dieselbe in Empfang nehmen kann. Mit Jahresabschluss vollgewordene Mitgliedsbücher müssen eingesehen und in Sammlung vom Ortsverein an den Landesvorstand zwecks Umtausch für ein neues Mitgliedsbuch eingeleitet werden. Das neue Buch wird kostenlos ausgestellt. Bei Abgabe des alten Buches ist darauf zu sehen, daß die Personalien, insbesondere das Eintrittsdatum und der Ort, wo der Eintritt erfolgte, genau und leserlich angegeben ist. Außerdem findet am 1. Januar 1932 ein Farbenwechsel in den Beitragsmarken statt. Jedes Parteimitglied muß deshalb sein Mitgliedsbuch auf Jahresabschluss bezüglich der Beitragszahlung in Ordnung bringen. Die bisherigen Beitragsmarken werden restlos eingesehen und sind von den Ortsvereinen an das Parteisekretariat entsprechend dessen Anweisung einzulenden. Mit Parteigrüß Der Landesvorstand, J. A. G. Reinhold.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. Julius Cahnmann, Kaufmann, ledig, alt 19 Jahre. Kofine Oberader, alt 62 Jahre, ohne Beruf, ledig. (Gegenstein.) August Nagel, Bäckermeister, Ehemann, alt 55 Jahre. Beerdigung am 5. Januar, 14 Uhr. Walter, alt 6 Jahre. Vater Friedrich Kalmbach, Fabrikarbeiter. Friedrich Grobe, Kaufmann, Ehemann, alt 58 Jahre. Feuerbestattung am 6. Januar, 14 Uhr. Sofie Herb, alt 72 Jahre, Kleidermacherin, ledig. Beerdigung am 5. Jan., 14.30 Uhr. Beerdigung am 5. Januar, 15 Uhr. Helmuth, alt 6 Monate 3 Tage. Vater Eugen Müller, Mannierer. Beerdigung am 6. Januar, 14 Uhr. Wilhelm Müller, Lagerverwalter, Ehemann, alt 66 Jahre. Beerdigung am 6. Januar, 14.30 Uhr.

Auch bei Bürobedarf am Einkauf sparen!



- Geschäftsumschläge farbige . . . 1000 Stück 1.95
- Geschäftsumschläge wbl. 100 St. 50.7
- Brieflecher 8 cm . . . 1.25 55.7
- Briefwanne 150 Gramm . . . 55.7
- Briefblocks Quart-Format, 100 Bl. 50.7
- Briefablegekörbe Matte . . . 1.40 55.7
- Papierkörbe . . . 1.25 55.7
- Schnellhefter Quartod. Folio 12 St. 95.7
- Durchschlagpapier 100 Blatt 2.50 1.40 95.7
- Deutsche Reichstinte 1/2 Ltr.-Flasche 1.80 1/4 Ltr.-Flasche 95.7
- Briefordner mit Hebelmechanik und Register . . . 10 Stück 8.—
- Bleistifte - Dutzend 1.25 55.7
- Kalender für 1932
- Kalender für Pult und Tasche 65.7
- Wandkalender . . . 40.7 50.7 5.7
- Taschenkalender 50.7 50.7 35.7
- Geldtaschenkalender 40.7 50.7 10.7 5.7
- Kalenderblocks . . . 25.7 15.7 10.7
- Geschäftsbücher / Kaufmännische Formulare in großer Auswahl zu niedrigen Preisen!
- Füllfederhalter mit Glasfeder . . . 1.35
- Füllfederhalter mit 14kar. Goldfeder . . . 1.90

KNOPF



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

5. Januar, 1643 *Joaq Newton, Begründer der neueren mathematischen Physik. — 1789 Watt erhält Patent für erste Dampfmaschine, Kettwebstuhl für erste Spinnmaschine. — 1846 *Philosoph Rudolf Eucken. — 1919 Beginn der Berliner Spartakuswoche. — Befreiung des Vorkwärts usw. — 1922 *Polarforscher Ernst Shackleton.

Genehmigung für die Bleag

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der badische Finanzminister hat auf die Anzeige des Kontursermalers über den Verkauf der Bahnen der Bleag an die Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft, Berlin nach Zustimmung des Herrn Reichsverkehrsministers vorläufig genehmigt, daß die Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft den Betrieb der seit her von der Badischen Lokaleisenbahnen A.G. betriebenen Bahnen vom 1. Januar 1932 an unter den Bedingungen der Konzessionen, die der Badischen Lokaleisenbahnen A.G. erteilt worden waren, übernimmt.

Nun hat also der Kaufvertrag der Bleag-Konturserwaltung mit der Deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft alle Instanzen passiert, die ein Wort mitsprechen hatten und er ist auch von all diesen Stellen sanktioniert worden. Damit geht der Betrieb der Bleagbahnen in aller Form an die genannte Gesellschaft über. Wie er florieren wird, wird ja die Zukunft zeigen. Leicht dürfte es nicht fallen, da die von der neuen Besitzerin verlangten Zuschüsse weber von den Kreisen bis jetzt bewilligt sind und die Stadt Karlsruhe nach wie vor auf dem Standpunkt steht, einen Zuschuß zu verweigern. Auch die Akzeptierung des Kaufvertrags von allen erforderlichen Instanzen hat diesen Standpunkt der Stadt Karlsruhe nicht zu ändern vermocht.

Die Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft erklärt, daß sie beabsichtigt ist, einen befriedigenden Verkehr zu bewerkstelligen. Inwieweit ihr dies möglich sein wird, hängt natürlich von den ganzen Verhältnissen im allgemeinen ab und insbesondere aber von der Verkehrsentwicklung der Albtalbahn. Auch ist der Begriff „befriedigend“ ein sehr dehnbarer, denn schließlich wird dem Bewohner des Ruppurrer Gebietes (Dammersdorf, Gartenstadt, Ruppurr) mit Recht nicht als befriedigend genügen, was demjenigen, der nicht in diesem Gebiet wohnt, als vollwertig genügen wird. Dazu kommt, daß nach wie vor, vom Standpunkt der Stadt Karlsruhe, wie auch vom verkehrstechnischen Standpunkt aus betrachtet, die Albtalbahn innerhalb der Karlsruher Gemarkung als Fremdkörper im Karlsruher Verkehrsnetz angesehen werden muß. Zu einer Vereinfachung des Karlsruher Verkehrsnetzes sind dieser Fremdkörper natürlich nicht zweckdienlich und selbst Abmachungen wegen Durchführung eines Gemeinschaftsverkehrs sind nur als schlechter Ersatz zu bemerken.

So erfreulich und begrüßenswert es ist, daß aller Voraussicht nach der Betrieb der Bahnen als geklärt gelten kann, darf dennoch über vorerwähnte Tatsachen nicht hinweggesehen werden. Wie übrigens verlangt, finden Verhandlungen zwischen der Stadt und der neuen Gesellschaft statt, die hoffentlich ein günstiges Ergebnis zeitigen. Ein wichtiger Bestandteil der Bleagbahnen ist neben dem toten Inventar das Personal. Seit Monaten hat bei ihm begrifflichweise die größte Benutzungsfrage Platz gegriffen und dennoch verläßt es geradezu müßtergiltig seinen Dienst. Schon im Interesse des Personals ist es daher zu begrüßen, daß der Kaufvertrag abgeschlossen ist und hoffentlich auch für das Personal wieder ruhiger Tage eintreten. Der Wunsch ist daher berechtigt, daß die neue Gesellschaft auch dem Personal gegenüber sich von der noblen Seite zeigt.

Kellerbrand in der Kaiserallee

Wir erhalten folgenden amtlichen Feuerbericht: Gestern vormittag 9.11 Uhr wurde der 1. Löschzug der Berufsfeuerwehr durch Fernsprecher nach dem Rückgebäude der Kaiserallee Nr. 89 gerufen. Es waren dorthin in einem großen Kellerraum der Papierfabrik Gebr. Leistikow im Heizungskeller große Mengen Delpapier in Brand geraten. Da es sich um sehr stark fetthaltige Papiere handelte, mußte mit Sauerstoffkreislaufgeräten in den Keller vorgegangen werden, um an den Brandherd zu gelangen. Die verbrennenden und schwelenden Papiermengen entwickelten stark reizende Gase und Dämpfe, die es unmöglich machten, sich in der Nähe des Kellereinganges aufzuhalten. Nach Vornahme einer Absperrung konnte das Feuer im Kellerraum abgelöscht werden. Der Löschzug konnte nach 1 1/2 stündiger Tätigkeit wieder einrücken. Es ist bei dieser Gelegenheit auf die große Gefahr hingewiesen, ein Lagern von Papierabfällen und sonstigen leicht entzündlichen Abfallstoffen in Kellern, in denen sich Heizzentralen befinden, verursacht. Durch zu zahlreichen Feuerherde in den Kellern in sehr vielen Fällen die Flamme aus der Heizanlage heraus und entzündet — wie es auch im vorliegenden Feuer der Fall war — vor der Feuerung die im Kellerraum lagernden brennbaren Stoffe. Gerade in Heizungskellern, gleichviel ob Wohn-, Fabrik- oder Lagergebäude, muß auf tabellöse Ordnung und Freibehaltung von leicht brennbaren Stoffen wie Papier, Lumpen, Säcke, Holzabfälle, Kisten usw. geachtet werden. Vom feuergefährlichsten Standpunkt aus muß darauf hingewiesen werden, daß Verstöße gegen diese Anordnungen strafbar sind.

Ein weiterer Brand in einem Keller entstand gestern abend gegen 1/6 Uhr in der Moltkestraße und gegen 8 Uhr ein Lagerbrand in der Kaiserstraße. Beide Brände waren geringfügiger Natur und konnten in kurzer Zeit gelöscht werden.

Die Natur im Januar

Während viele Völker in tropischen Gegenden, sogar einige im Süden Europas, im Januar das Fest des wiedergeborenen Lebens, den Beginn des Frühlings feiern, gilt er in den nördlichen Regionen gewöhnlich als der grimmigste, unfreundlichste Monat unter allen Monaten. Und doch erwacht auch hier, fast unbemerkt, unter der hartgefrorenen Erde neues Leben, und unsichtbare Vöten des nahenden Frühlings stellen sich ein. Als im Herbst rauhe Stürme über die Gebirge brausen, als der Winter seine Macht antrat, da sank die Barometrie der Bäume und Sträucher auf ein Minimum, die Wurzeln konnten nur noch wenig Wasser aufnehmen. Aber schon der Januar führt nach der kurzen Rast den Pflanzen neues Leben zu. Nun hört die Winterruhe auf, denn die lebenspendenden Säfte pulseren jetzt schon langsam, dann immer stärker werdend durch die feinen Äderchen der Stämme, Äste und Zweige und schaffen die Voraussetzung für neues Grün und

Blühen, für neues Wachsen und Gedeihen. Schon in frühen Zeiten kommt die emsige Tätigkeit aller pflanzlichen Lebewesen mitten im Wintertraum naturgebundenen Menschen nicht entgegen. Ihre Beobachtung und Erkenntnis legen sie in Sprüche nieder, von denen einer lautet: „Babian und Sebastian (20. Januar), lassen den Saft in die Bäume gahn.“ Mag auch noch so grimmige Kälte herrschen, Bäume und Sträucher lösen sich im letzten Drittel des Winters von ihrer starren Form und sammeln neue Kräfte.

Auch die Sonne hat den südlichsten Punkt in ihrem Kreislauf erreicht und steigt nunmehr aus der Tag- und Nachtsleise zum immer höheren Tageslauf empor. Der Tag nimmt zu, die Zeit der Dunkelheit nimmt ab. Erst langsam, dann immer schneller, deutlich spürbar verlängert er sich. Eine alte Bauernregel lautet daher: „Im Neujahr wächst der Tag um einen Sabensschritt, um den Dreiföngstag um einen Strichstrung, an Sebastian um eine ganze Stund.“ Am 1. Januar hat Ende Januar der Tag gegenüber dem kürzesten des Vormonats zugenommen.

Nicht überall ist der Januar so gelächelt wie bei uns, denn wenn auf der nördlichen Erdhälfte die Winterfröhen brausen, dann ist auf der südlichen der Sommer eingetroffen, die Sonne strahlt vom hellen blauen Himmel, läßt die Früchte reifen und die Haupternte beginnt. In Argentinien, Chile, in einigen andern Ländern Südamerikas und Afrikas werden jetzt die Feldfrüchte eingebracht, während wir in der warmen Stube hinter dem Ofen sitzen.

Auch in der Vogelwelt wird es reger, setzt sich der Anflug zum neuen Leben. Aus Baum und Strauch hört man schon ein leises Zirrlern, ein Flöten und Pfeifen, Allerdings nur in kurzen abgehackten Akzenten, schluchtern und sackhaft, gleichsam, als wollten sie erst eine Vorübung halten für das große Frühjahrskonzert aller geliebten Sänger. Brinart der Saint Vincenz (22. Jan.) Sonnenstein, wird die Amel zu hören sein. Auch die Meisen lassen ihren Gesang erklingen. Lebendig blüht von Ost zu Ost der muntere Januföng und das Goldhähnchen, und in einigen Gegenden steigt unbüßiger die Lerche in die Luft. Bald wird der Waldpolstler, der Specht, mit seinem Schnabel an die Rinde klopfen. In den Nisthöhlen der Kreuzschnäbel Gedächtnis gemacht und die hungrigen Mäuler seiner Jungen schreien nach Futter. Wo die Jungen Mitte Januar noch nicht ausgebrütet sind, wird es in der nächsten Zeit geschehen. Der 25. Januar, auch Mittelwinter genannt, wird häufig als Vogelheuschreck bezeichnet, aber außer dem Kreuzschnäbel haben sich nur wenig andre Vögel gepaart.

Die Polizei berichtet:

Einbrüche und Diebstähle

Am Montag brach ein unbekannter Täter in die Maniarde einer Hausangestellten in der Sofienstraße ein und entwendete zwei Uhren und einen Handkoffer im Gesamtwert von etwa 30 M. — Der Plakmeister eines Lagerplatzes der Brauerei Moninger in der Heustraße sei am Montag der Polizei an, daß ein unbekannter Täter an einem der letzten Tage in den Aufenthaltsraum des Platzes eingedrungen, einen Kleiderkasten mittels Nachschlüssel geöffnet und aus einer dort aufbewahrten Kasse 10 M. entwendet habe. — Am Sonntag nachmittags verurteilt unerkannt gebliebene Täter aus der Gartenhäute eines Metzgers an der Rühlheimer Straße, so daß sie sich auf gewaltsame Weise Zutritt verschafft hätten, seien zu strafen. Sie wurden von dem Metzger gefürchtet und gingen unter Zurücklassung eines Beiles und eines Sackes flüchtig. Die Damen konnten von ihrem Metzger wieder eingefangen werden. — Die Gendarmeriepolizei nahm am Montag einen 45 Jahre alten Kaufmann wegen Diebstahlsverdacht fest und lieferte ihn ins Besitzergewinnung ein. Es handelt sich um einen als internationalen Taschendieb bekannten Ausländer, der, ohne im Besitz eines Passes zu sein, die Reichsgrenze überschritten sowie eine größere Summe französischer Franken und einen vom Grundbuchamt Schmerin ausgestellten Grundbuchbrief in Höhe von 2000 M. bei sich hatte, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. — Während des Einlaufs in einem hiesigen Warenhaus wurde einer Frau am Montag von unbekanntem Täter der Geldbeutel mit 60 M. aus der Handtasche entwendet. — Ein lediger Kellner gelangt zur Anzeige, weil er in der Nacht zum 2. Januar aus der verhöhlerten Wohnung eines Dienstmädchens in der Kronenstraße Kleider und Wäsche im Wert von etwa 60 M. entwendete. Er konnte jedoch keine Beute nicht in Sicherheit bringen, da er, bei der Tat gefürchtet, flüchtig wurde und dabei die Sachen im Treppenhaus wegwurf.

Schwindler

Vor einigen Tagen sprach ein Unbekannter im Alter von etwa 40 Jahren bei einer älteren Dame in der Westendstraße vor. Er sei Steuerhelfer und habe bei ihr die Steuer für Zimmervermietung in Höhe von 16,50 M. zu erheben. Diese Steuer sei sofort zu bezahlen, andernfalls das Pfändungsverfahren eingeleitet werde, wie es z. B. bei einer anderen Dame dieser Tage in einem solchen Fall betrieben worden sei. Da der angebliche Steuerbeamte ein höheres Auftreten zeigte, erhielt er gegen Quittung den gewünschten Geldbetrag ausgehändigt. Erst auf eine Verhinderung beim Finanzamt erfuhr die Dame, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen war.

Brandstiftungen

Am Montag abend entstand in dem Geschäft Böhmer in der Kaiserstraße dadurch ein Brandstiftungen, daß ein Regal über der Dampfheizung vermutlich infolge Überhitzung des Heizkörpers in Brand geriet. Das Feuer konnte von der Feuerwehr gelöscht werden, bevor größerer Schaden entstand.

Ich danke daher - und empfehle -

Wie Versicherungsgesellschaftenbetriebe werden

Man schreibt uns: Was von Versicherungsgesellschaftenbetriebern an Geschäftskontakte bei der Reklame geleistet wird, spottet sehr oft jeder Beschreibung. Den Gipfel in dieser Hinsicht bilden die sogenannten Dankausweise, die für gesahlte Versicherungsleistungen, bevorzugt für deren Veröffentlichung werden. Broschüren und Lokaleinlagen, deren Inhaltenteils gleichzeitig die Bedeutung eines privaten Informationsdienstes über das Wohl und Wehe der lieben Mitmenschen hat. Wie diese Reklamedatierungen zustande kommen u. zuweilen finanziert werden, das zu wissen, ist ungemein interessant. Nicht immer sind die Hinterbliebenen aus verständlichen Gründen dazu bereit, gleichzeitig mit der Quittung über die Versicherungsleistung noch ihren „lebenslänglichen Dank“ auszusprechen und im Anfang selbstverständlichen den Bezug der betreffenden Zeitschrift bei dem betreffenden Zeitschriftenvertrieb öffentlich zu empfehlen und noch dafür Bezahlung zu leisten.

Aber geschickte Agenten und routinierte Versicherungsgesellschaftenbetrieber wissen sich schon zu helfen, wenn es heißt, wieder einmal einige prächtige Dankausweise zu beifügen. So brachte z. B. der Reifeberger Anzeiger kürzlich an auffälliger schwarzer geränderter Stelle ein Zitat, in dem eine Frau M. den Empfang einer Regulierungssumme aus einer Zeitschriftenversicherung bestätigte und neben der Empfehlung zum Bezug des betreffenden Blattes auch dem in Frage kommenden Zeitschriftenvertrieb St. in Weilheim für die „tatkraftige Unterstützung“ (?) besten

Dank aussprach. Worin die „tatkraftige Unterstützung“ nun in Wirklichkeit bestand, das meldete das gleiche Blatt einige Zeit später unter der Rubrik „Amisgericht Weilheim“ folgendermaßen:

„St. S. Vertreter in Weilheim, wird wegen eines Vergehens der Erpreßung zu 50 RM. verurteilt. Er kam zur Frau M. in Reifeberg und wollte von der Frau, die nach dem Tode ihres Mannes 2000 RM. erhielt, 1 Prozent, das ist 20 RM. für Reifebergeweide (Dankleistung in der Presse) haben. Frau M. gab ihm schließlich, da er mit dem Gericht drohte, das Geld.“ Was dazu gehört, die Hinterbliebenen durch Drohung mit dem Gericht zur Finanzierung dieser Ari Propaganda zu nötigen, das zu beurteilen, überlassen wir unsem Lesern. „Ich danke daher — und empfehle — — — das ist die immer wiederkehrende Wendung aller Dankausweise vieler Zeitschriftenverleiher. Das Beispiel zeigt aber, wie diese Reklame zu werten ist, ein großer Unfug, grenzend an Betrug. Und das sollte zu denken geben.“

Zur Lage der Kriegsblinden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In verschiedenen badischen Zeitungen wurde dieser Tage eine Aufschrift vom Bezirk Baden des Bundes erblindeter Krieger veröffentlicht, in der gegen die Auswirkungen der Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 insbesondere deshalb Klage erhoben werden, weil mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an neben den Versorgungsgebühren auf Grund des Reichsnotverordnungsgesetzes die Invalidenrenten wie an alle sonstigen Kriegsbeschädigten auch an Kriegsblinde im allgemeinen nicht mehr bezahlt werden dürfen. In der erwähnten Aufschrift wird u. a. behauptet, daß die finanziellen Opfer für die Kriegsblinden „weit über die Grenzen des Tragbaren hinaus“ gingen, und daß die Wirkung dieser Notverordnungen „für manche unserer Kriegsblinden katastrophal“ wäre. Deshalb müßten „die Kriegsblinden und die gesamte Öffentlichkeit“ auf ihre „Schicksale“ aufmerksam gemacht werden.

Außerdem ist ein Einzelfall erwähnt, wonach ein Kriegsblinder aus dem Oberland, der „Bater von 12 Jahren, völlig unvorberichtet und zum größten Teil noch schulpflichtigen oder in Berufsausbildung sich befindlichen Kindern“ sei, nun auf einmal 94 RM. Invalidenrente verliere, nachdem ihm schon früher über 46 RM. monatlich an Versorgungsgebühren entzogen worden seien.

Da auf Grund dieses Artikels in der Öffentlichkeit leicht falsche Meinungen erwachen können, ist im Interesse der Wahrheit folgendes festzustellen:

Nachricht ist, daß leider auch den Kriegsblinden durch die Notverordnungen des Reiches erhebliche Opfer zugemutet werden. Es wäre sicher zu begrüßen gewesen, wenn die Durchführung dieser Vorschriften am Eintommen der erblindeten Krieger nicht nötig gefallen wäre, zumal das Unglück der Erblindungen im Felde durch Geldrenten überhaupt nicht aufzuheben werden kann. Aber auch nach dem Vollzug der neuesten Bestimmungen werden die Einkommensverhältnisse der Kriegsblinden nicht so schlecht sein, wie dies dargestellt wird. So erhält z. B. ein nicht erwerbstätiger Kriegsblinder in einer größeren Stadt mit einer Familie von 3 Kindern vom 1. Januar 1932 an ohne Invalidenrente noch rund 350 RM. Rente monatlich. Ein auf dem Lande wohnhafter Kriegsblinder mit zwei Kindern bezieht ein reines Versorgungsgehalt von ebenfalls über 300 RM. im Monat. Der in der Zeitschrift näher bezeichnete Einzelfall liegt ebenfalls nicht ganz so, wie er geschildert wurde. Der in Frage stehende Kriegsblinde ist ein früherer Maurer; er hat nicht 12, sondern 17 Kinder. Im vollschulpflichtigen Alter steht nur noch der kleinste Teil derselben. Einige Kinder haben bereits ein selbständiges, wenn auch bescheidenes Einkommen. Auch nach Wegfall der Invalidenrente in Höhe von monatlich 94,25 RM. hat der genannte Kriegsblinde immer noch im Monat über 500 RM. zu beantragen. Vieles liegt auch an anderen Fällen. Daraus ergibt sich, daß die finanzielle Lage der Kriegsblinden, für die gewiß nach übereinstimmender Auffassung aller Volkswirtschaftler die Reichsnotverordnung die mögliche gewesen muß, im Vergleich zu den Lebens- und Einkommensverhältnissen aller übrigen Bevölkerungsteile in Stadt und Land keineswegs katastrophal ist. Wenn ein Kriegsblinder Kapitalabfindung erhält, sind seine laufenden Rentenbesitze wohl gekürzt. Dafür aber ist er dann im Besitze eines eigenen Hausbesitzes und hat also damit einen gewissen Ausgleich.

Erfahrungsgemäß gibt es auch Kriegsblinde, die zu ihren Renten bezügen auch noch ein Arbeitseinkommen haben. Schließlich ist in Fällen besonderer Not die soziale Fürsorge dazu berufen, helfen einzusetzen; sie hat den Kriegsblinden gegenüber diese Pflicht bisher immer soweit wie möglich erfüllt.

(*) Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., Ortsgruppe Karlsruhe. Die regelmäßigen Vorträge beginnen wieder mit dem 5. Januar 1932, abends 8 Uhr, Waldstraße. Die Generalversammlung muß um 8 Tage verfallen werden und findet nunmehr am 15. Januar 1932, abends 8 Uhr, im „Salmen“ am Ludwigsplatz statt.

Darzulanden

Berechtigte Notstandsarbeit

Der ländliche Charakter unseres Vortortes nimmt von Jahr zu Jahr ab, dies kann nicht nur durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe bemerkt werden, sondern auch die Bauweise und Erweiterung des Straßennetzes lassen dies erkennen. Ein unliebsamer Zustand macht sich aber jeden Winter bemerkbar, nämlich das Fehlen von Entwässerung und Kanalisation. Die Gehwege, welche durch drei Reihen Pfahlersteine rechts und links markiert sind, werden durch die Eisbildung vollständig. Die Fußgänger sind gezwungen, die Fahrstraße zu benutzen und sind somit der größten Gefahr ausgesetzt. Bei Glatteis ist ein Weggehen der Verkehrsteilnehmer zwischen Straßenbahn, Auto und Fußwegen. Wenn mit dieser Zeit der Einführung der Kanalisation das Wort ergeht, werden soll, ist damit noch nicht bemerkt, daß dies von allen Hausbesitzern gemüßigt wird. Aber Tatsache ist, daß sie notwendig ist und durchgeführt werden muß. Die Einwendungen, welche vor zwei Jahren noch sich geltend machten, sind heute nicht mehr berechtigt, obwohl der Meinung nach noch bestehen, nämlich das Fehlen von Geld. Die Kanalisation kann eingeführt werden wenn sie will, so ist immer kein Geld da. Wenn es nicht anders geht, muß man Anleihen zu Hilfe nehmen. Bei vielen Hausbesitzern ist jetzt schon die Not groß, daß sie unerschuldeter Weise verschulden, indem sie sich für die Fürsorgeamt Hypotheken in rezeptabler Höhe eintragen lassen müssen, die unwiderruflich verloren sind und die Unterstützung, welche hierfür gewährt wird, ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Darum geht unter Verlangten dahin, Geld zu beschaffen, das Bau der Kanalisation im Bezirk Darzulanden. Es könnten fast alle Erwerbslosen von Darzulanden beschäftigt werden, insbesondere die Grundbesitzer, Hausbesitzer und deren Angehörige, welche auf Grund des „Hausbesitzer“ von der Fürsorge ausgeschloffen sind. Dieser Wandel Gewerbetreibende würde dadurch zu Verdienst kommen, weil andere damit im Zusammenhang stehende Einkünfte und Ertragsausgaben eingespart werden müßten. Die Stadt selbst hat das Verdienst, eine Kulturarbeit geleistet zu haben, welche immer länger hinausgezogen werden kann.

Lichtspielhäuser

Ein passifischer Film im UZ.

Recht passend zur kalten Zeit des Jahres zeigt das Union-Theater einen französischen Bildstreifen von Abel Gance, der sich seiner passifischen Lebensweise wegen für unsere Leser ganz besonders empfiehlt. Es veranschaulicht nicht, daß diese Lebensweise sich lediglich aus geistlichen Ursachen speist, sondern sie zeigt in einer packenden, bis ins kleinste Detail genauen Schilderung, wie ein solches Leben sich abspielt. Man braucht nicht zwei Hauptdarsteller, sondern nur einen Mann, der die Aufgabe hat, die Welt der Erde zu einer riesigen Welt zu machen, die die Berührung der alten Erde mit dem Schweiß eines Kometen, müssen Millionen untergehen, damit eine neue Menschheit sich auf den Trümmern ein Reich des Friedens aufbauen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Symbolist der Handlung dem Thema eine hohe Aktualität verleiht. Man braucht nicht zwei Hauptdarsteller, sondern nur einen Mann, der die Aufgabe hat, die Welt der Erde zu einer riesigen Welt zu machen, die die Berührung der alten Erde mit dem Schweiß eines Kometen, müssen Millionen untergehen, damit eine neue Menschheit sich auf den Trümmern ein Reich des Friedens aufbauen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Symbolist der Handlung dem Thema eine hohe Aktualität verleiht.

Veranstaltungen

Gesellschaft. Reichs-Bannertheater bringt heute zum erstenmal „Der Aufstieg nach“ eine lustige Dorfkomödie in 3 Akten von J. Wolf zur Aufführung. Begleitend hierzu, naturgemäß musikalische Darbietungen, welche in der Weibchen Truppe in der vollendeten Ausführung des Zusammenbaus auf hoher Stufe stehen, werden auch diesem Stück zu einem vollen Erfolg verhelfen. In den Zwischenpausen Musik-Erzie, Fiedler und Gesangsbeiträge! Beginn der Vorstellung Mittags 8 Uhr. Billige Eintrittspreise.

Dienstag, den 3. Januar 1932:

- Badisches Landes-Theater: Kino, 20 Uhr.
Golf-Theater: Bannertheater auf Oberbahren. 20 Uhr.
Badische Schützengilde: Die Weibchen. Dienstag, 20.30 Uhr.
Gitarre-Palast: Der weiße Rausch. Dienstag, 20.30 Uhr.
Sommer-Theater: Bomben auf Monte Carlo. Dienstag, 20.30 Uhr.
Palast-Theater: Der Herr Mikrowort. Dienstag, 20.30 Uhr.
Kleines-Theater: Der Komar tanzt. In den Zwischenpausen des Hochwals.
Schauspiel: Der Trauflüchter. Nur im Abendprogramm.
Union-Theater: Ende der Welt. Dienstag, 20.30 Uhr.
Badische Landesgewerkschaft: Ausstellung „Zielung und Kleinbau“. 10-1 und 3-6 Uhr.

Einschränkung der Sprechstunden des Arbeitersekretariats

Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse treffen auch das Arbeitersekretariat sehr schwer, so daß dasselbe sich gezwungen sieht, eine Einschränkung der Sprechstunden vorzunehmen. So finden künftighin an den

Vormittagen keine Sprechstunden mehr statt.

Die Sprechstunden nachmittags (Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag) hingegen werden wie bisher von 3-6 Uhr beibehalten. Freitags werden Sprechstunden in Durlach und Ettlingen abgehalten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Zufuhr maritimem Luft über Mitteleuropa dauert an, jedoch haben die Niederschläge unter dem Einfluß hohen Druckes über Südeuropa nachgelassen. Wir rechnen auch für morgen mit Fortdauer der milden Witterung.

Wetterausichten für Mittwoch, den 3. Januar 1932:

Fortdauer der milden Witterung mit westlicher Luftzufuhr, vielfach wolfig, höchstens vereinzelt Niederschläge.

Schneebericht

- Antlicher Bericht der Badischen Landeswetterwarte
Feldberg-Station: Heiter, minus 3 Grad, 40 Zentimeter Schneehöhe, verbarst. Schi gut, Kabel mäßig.
Hintersarten: Bewölkt, plus 1 Grad, 10 Zentimeter Schneehöhe, verbarst, Schi mäßig.
Schausland: Heiter, minus 2 Grad, 15 Zentimeter Schneehöhe, verbarst, Schi gut, Kabel mäßig.
Schönwald: Heiter, minus 1 Grad, 25 Zentimeter Schneehöhe, verbarst, Schi gut, Kabel mäßig.
Rabstein: Bewölkt, 0 Grad, 30 Zentimeter Schneehöhe, verbarst, Schi mäßig.
Hundsbach: Bewölkt, 0 Grad, 25 Zentimeter Schneehöhe, verbarst, Schi gut, Kabel mäßig.
Unterfarn: Bewölkt, 0 Grad, 25 Zentimeter Schneehöhe, verbarst, Schi gut.

Wasserstand des Rheins

Basel plus 65; Waldsruh 244, gef. 40; Schutterinsel 125, gef. 30; Rehl 310, gef. 53; Maxau 505, gef. 84; Mannheim 429, gef. 139; Caub 277, gef. 202 Zentimeter.

Auskünfte der Redaktion

Sp. G. Wenn die Friedensmiete 10,80 RM betragen hat, so beträgt die Mietentfernung nach der neuen Notverordnung 1,08 RM. Der Hauseigentümer war nicht berechtigt, bisher eine höhere Miete wie die Friedensmiete plus 20 Prozent zu erheben. Geht er nicht freiwillig auf die gesetzlich festgesetzte Miete zurück, so erheben Sie Klage beim Mietungsamt.
E. A. Die Senkung der Miete beträgt 10 Prozent der Friedensmiete. Der Zuschlag für die Klosettanlage kommt dabei nicht in Berücksichtigung.
U. 90 S. Für den Schaden hat die andere Partei aufzukommen. Sie können auch für das Benützungrecht eine Entschädigung verlangen, vielleicht jährlich 10 Prozent der Anlagekosten.
N. Hantenloch. Dieser besitzt die österreichische Staatsangehörigkeit und nicht die deutsche. Ob sein Vater Gutbesitzer war, entsteht sich weiterer Kenntnis.
Friedheim. 1. Für die Fürsorgeunterstützung der Frau muß die Gemeinde aufkommen, in der der Ehemann beheimatet ist bzw. seinen häuslichen Wohnort hat. Wenn der Ehemann in einem anderen Ort verstorben ist, so muß ihm dort Fürsorgeunterstützung gemäß werden, allerdings kann die betreffende Gemeinde die Unterstützung von der Gemeinde, wo der Fürsorgeempfänger beheimatet bzw. wohnhaft war, zurückverlangen. 2. Ob ein Bezugsnach einer Gemeinde von über 10.000 Einwohnern zu dem erhofften Erfolg führt, ist sehr zweifelhaft.
L. W. 1000. Es sind nur Effekten nicht pfändbar, wenn sie zum persönlichen Gebrauch des Pfändenden und seiner Angehörigen gehören. Möbel zum Beispiel, die zur Untervermietung benutzt werden, sind pfändbar.
M. N. 217. Die Gemeinde ist zur Fürsorgeunterstützung verpflichtet. Wenden Sie sich an den Bezirksfürsorgeverband in Rastatt. Daß die Notverordnung Ausnahmen in dem von Ihnen geschilderten Falle zuläßt, glauben wir nicht.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe.
Rüppur. „Naturfreunde“. Seite, 20 Uhr, Generalversammlung im „Grünen Baum“. 105

Kleine badische Chronik

Selbstmordversuch eines Morphinisten

D3. Schwellingen, 4. Jan. In der Nacht zum Sonntag wurde von der Polizei ein fremder Mann aufgegriffen, der bewußtlos auf der Schloßstraße lag. Die Polizeistreife brachte den Bewußtlosen auf die Polizeiwache, wo festgestellt wurde, daß es sich um einen Morphinisten handelte, der sich in selbstmörderischer Absicht mit der Klinge eines Rasiermessers mehrere Schnittwunden am linken Unterarm beigebracht hatte. Die Verletzungen waren nicht lebensgefährlich. Dank ärztlicher Hilfe gelang es, den bedauernswerten Mann, der früher eine hohe Stelle bekleidete und durch den Krieg morphiumabhängig wurde, wieder zum Bewußtsein zu bringen. Er konnte gestern aus dem Polizeigewahrsam entlassen werden.

Feuer in Grünwettersbach

Grünwettersbach, 4. Jan. (Eigene Meldung.) Heute nacht, Sonntag auf Montag, 1.30 Uhr, brach auf unbekannter Weise in der großen freistehenden Scheune des Karl Fr. Köhler, Landwirt, hier Feuer aus. Das Anwesen brannte bis auf die Grundmauern nieder. Viel Heu, Stroh und Holz lief den Flammen zum Opfer. Ferner verbrannte eine große Dreifachmaschine nebst Kinder im Werte von 4000 M, die leider nicht verschont ist. Weiter deselben war Wilhelm Wittmer aus Weiler bei Forstheim. Auch eine kleinere Dreifachmaschine verbrannte, Weiler A. Köhler, Wagner hier. Viele landwirtschaftliche Geräte und Wagen fielen dem Feuer zum Opfer.

Feuer im Albtal

D3. Marzell, 4. Jan. Aus bis jetzt noch unbekannter Ursache entstand heute mittags gegen 3.30 Uhr in der im ganzen Albtal bekannten früheren Villa Speemann Feuer, das sich sehr rasch ausbreitete. Die Feuerwehren von Burbach und Pfaffenroth waren alsbald zur Stelle. Da man Großfeuer befürchtete, wurde die Autostraße von Ettlingen alarmiert. Der Brand war etwa um 18 Uhr lokalisiert. Das gegenwärtig unbewohnte Anwesen, dem Bezirksinspektors Bauer in Karlsruhe gehörig, ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Auch einiges Mobiliar ist in Flammen aufgegangen.

Schwerer Unglücksfall

* Offenburg, 4. Jan. Der Stadtarbeiter Strebel wollte auf den bereits fahrenden Rehrichswagen noch aufspringen, rutschte ab und wurde von einem Rad des Wagens überfahren. Er erlitt einen Schädelbruch und schwere Gehirnerschütterungen. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Die Brandheusch

* Kappel (Amt Bellingen), 4. Jan. Gestern Abend wurde wiederum eines der ältesten Schwarzwaldhäuser des hiesigen Ortes ein Opfer der Flammen. In dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Johann Reiser, das in der Nähe der Kirche stand, war gegen 10 Uhr Feuer ausgebrochen, welches innerhalb zwei Stunden das ganze Anwesen niederlegte. Infolge der Schindelbedachung entstand Glühfeuer, so daß die Feuerwehr und die Wiltlinger Motorpritze alles aufbieten mußte, um die umliegenden Gebäude zu sichern. Die Fahrnisse sind fast alle verbrannt, das Vieh konnte gerettet werden. Da dieser Brand innerhalb acht Wochen der dritte im hiesigen Orte ist, wird Brandstiftung vermutet. Unter dem Verdacht, das Anwesen angezündet zu haben, wurde der 39 Jahre alte Sohn des Besitzers, der mit seiner Familie in diesem Hause wohnte, festgenommen. Das Gebäude ist mit 9000 M, die Fahrnisse sind mit 10.000 M versichert.

Schwerer Rodelunfall — Drei Verletzte

* Schopfheim, 4. Jan. Auf der Straße zwischen Schopfheim und Raibach fuhr ein mit acht Personen besetzter Rodelschlitten unweit des Bahnüberganges gegen einen Telegraphenmast. Drei Personen, eine Frau von 30 Jahren, zwei Mädchen von 12 und 10 Jahren, erlitten schwere Knochenbrüche, so daß sie ins Schopfheimer Krankenhaus verbracht werden mußten. Der Zustand des 12jährigen Mädchens, das einen Schädelbruch erlitt, ist lebensgefährlich. Die übrigen fünf Personen kamen unversehrt bzw. mit unbedeutenden Schürfwunden davon.

Untermühlbach, Sonntag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, hält der Arbeitervereinsrat Mühlbach im Vereinslokal „Zum Damm“ seine Generalversammlung ab. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

Wärsch. Man spricht uns: Wie die Vermieten der Armen behandelt werden, zeigt folgender Fall: Wie anderorts so wurden auch in Wärsch am 19. Dezember 1931 durch das Arbeitsamt Karlsruhe Karten zur Verbilligung von Fleisch und Brennstoff an die in Frage kommenden Personen ausgegeben. Laut Anschlag durch das Arbeitsamt hat die Karte für Fleisch 30 Pf., jene für Brennstoff 38 Pf. Wert. Für die Fleischkarte wird bei jedem Metzger bei Einkauf von 1 Pfund Fleisch 30 Pf. Nachschuß gewährt. Es geht somit mit diesen Karten alles in Ordnung. Die Brennstoffkarte ist ein Besuchschein für 50 Kg. U. Brennstoff und hat laut Anschlag 38 Pf. Wert. Bis zur Ausgabe dieser Scheine folgten im Ort 1 Ztr. U. Brennstoff bei dem einen Händler 1,50, bei einem andern 1,55. — Seit, nachdem die Händler die Besuchscheine in Zahlung nehmen müssen, kostet bei Händler 1 der Ztr. U. Brennstoff 1,25 Mark in bar und der Besuchschein für 50 Kg. U. Brennstoff bei Händler 2 ein Zentner U. Brennstoff 1,37 Mark in bar und der Besuchschein für 50 Kg. U. Brennstoff. Somit kostet der Zentner 1,63 und 1,75 Mark. Also der Guttschein wird bei den Händlern für 25 Pf. und 13 Pf. bewertet. Das ist die Verbilligung für die Armen! Es geht jetzt schon so zwei Wochen hin und her, aber anscheinend findet der Herr Bürgermeister nicht den richtigen Platz, der über dieses Geschäftsgebahren entscheidet. Es kann ja zuhändeln sein, wer will, wir meinen, das Arbeitsamt hat die Karten ausgegeben und dürfte dieses Amt auch zur Einhaltung der Vorschriften berechtigt sein, vielmehr die Händler zur Auszahlung des Betrags zwingen. Die Karten sind zur Verbilligung der Kohlenhändler ausgegeben.

Senheim (Elsch). Durch unvorsichtiges Schießen mit einer geladenen Pistole ging plötzlich ein Schuß los und traf den 18 Jahre alten Leo Zurlinden in die linke Brustseite. Der junge

Mann erlitt schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Kaltbrunn, Amt Wolfach. Auf dem Glatteis stürzte der 72 Jahre alte Waldarbeiter Joseph Waddele so schwer, daß er eine Hüftverletzung erlitt und mehrere Rippen brach. — Der 65 Jahre alte Konrad Borchs kam beim Aussteigen aus dem Zug in Schenkzell zu Fall und erlitt Verletzungen am Knie und Kopf.

Ruhbach, Amt Bahr. Der 57 Jahre alte Landwirt Joseph Bühler hat sich auf dem Heustock seines Hauses aufgehängt. Seine Familie wird durch diesen Selbstmordschlag außerordentlich schwer getroffen. Der 90 Jahre alte Vater, die Witwe, die ihr liebste Kind erwartet und sechs Kinder trauern um den Ernährer. Arbeitslosigkeit der Angehörigen ist der Beweggrund der trübseligen Tat.

Herbolsheimer Volksschüler singen im Rundfunk. Der Rundfunk-Schülerchor der Stadt Volkshaus in Herbolsheim, geleitet von Hauptlehrer Karl Theodor Maser, wird am Freitagmorgen (6. Januar) 1932 von 12-1 Uhr seine vierte Volksschülerchorvorstellung vor dem Freiburger Mikrophon halten. Zur Erinnerung an die Zeiten vor 300 Jahren, in denen die Wagen des Habsburger Krieges besonders hoch gingen und die Landesknechte wohlbekannte und gefürchtete Zeitgenossen waren, werden in dem weltlichen Teil des Konzerts drei alte Landesknechtlieder gesungen werden. Den Klavierpart hat Prof. Otto Glatte (Freiburg) übernommen.

Zweizelei Mah

Wöffingen, Am 2. Januar fand die Generalversammlung der SPD Ortsgruppe Wöffingen statt, deren Besuch gut war. Nach Bekanntgabe der Geschäfts- und Kassenberichte, die zufriedenstellend waren, fand die Neuwahl statt, die mit der Wiederwahl der gesamten Verwaltung mit Ausnahme von einem Posten endete. — Bei der Aussprache wurde das distatorische Vorgehen unserer Gegner im Gemeindepalament, die einen Block bilden, stark kritisiert. Hervorgehoben wurden die Hungerlöhne, die die Gegner den Wohlfahrtsarbeitern diktierten. Es soll den Herren das Gewissen etwas geschärft werden. Wir empfehlen ihnen, wenn schon gepart werden soll, mögen sie nicht bei den Vermieten der Armen beginnen, sondern auch an sich selber denken. Oder ist das Gerechtfertigt geübt, wenn man Leuten, die weiter nichts ihr eigen nennen können, einen Stundenlohn von 30 bzw. 40 Pf. diktiert, dagegen ein Steinseiler, der selbst mit bestimmt, einen Lohn von 80 Pf. haben muß, dazu noch einen landwirtschaftlichen Untrieb hat, der ihm sein Auskommen vollständig sichert. Dieser Herr hat eben nicht viel für seine Mitmenschen übrig, sonst hätte er nicht verlangt, daß man seinen Sohn auch zum Holmsachen nimmt, wo es doch so viele gibt, die gar nichts haben. Entweder paßt er seinen Stundenlohn dem Lohn jener an, die nur 40 Pf. haben, oder, was anständiger wäre, er überläßt den Posten einem Ferneren. Ebenso gibt es hier einen Fleischbeschauerposten, der auch jährlich 500 bis 600 Mark einträgt, ebenfalls ein Mann, der nicht zu den Armen gehört. Wie wäre es da, wenn mindestens die Pauschsumme von 50 Mark, die aus der Gemeindefasse bezahlt wird, in Befall käme! Für heute sollen diese beiden Fälle genügen; ein andermal mehr.

Der Dammbruch der Kinzig

W. A. Kehl, 5. Jan. (Telephon, Meldung.) Der gestern gemeldete Dammbruch an der Kinzig bei Kehl hat sich zu einer neuen Hochwasserkatastrophe ausgewirkt, die das ganze Gebiet östlich von Kehl bis nach Auenheim betroffen hat. Bis gegen 10 Uhr Abends war das Neudorf überflutet. Die Keller und Ställe mußten geräumt werden. Auch das Oberdorf, das seit Menschenedenken nicht mehr von Hochwasser bedroht war, stand in Gefahr, überflutet zu werden. Die Einwohner des Ortes wurden zur Ausweitung von Dämmen aufgefordert, den innerhalb einer Stunde stieg das Wasser um 40 Zentimeter. Bald war das ganze Dorf völlig abgeschnitten. An den durchbrochenen Bahndämmen wird unversöhnlich gearbeitet, um den Verkehr wieder aufnehmen zu können. Es war bis Mitternacht nicht möglich, den Gleisen eine feste Unterlage zu geben. Das Wasser hat an den Arbeiten der Kinzingerlegungs- und auch sonst unermesslichen Schaden angerichtet, der in seiner Größe noch nicht übersehen werden kann.

Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt. Zufuhr: Großvieh 300 Stück, Ochsen 43, Bullen 49, Kühe 31, Färsen 177. Preise: Ochsen 20-33, 27 bis 29, 26-27, 24-26, 22-24, 21-22; Bullen: 24-25, 21-22, 20-21; Kühe: 17-20, 19-24; Färsen: 30-36, 22-28; Aufzucht, Kälber: 100; Preise: 40-42, 37-40, 33-37, 20-26; Schweine 1042; Preise: 45-47, 46-48, 47-50, 44-48; Sauen 42-44, 34-38. Gesamtzufuhr 1442 Tiere. Beste Qualität über Notis. Tendenz: Bei Großvieh und Schweinen geringer Ueberbestand, bei Kälbern langsam; geräumt.

Aus der Stadt Durlach

Sängerbund Vorwärts

Das alte Jahr mit seinen Sorgen und Nöten ist verfloßen; auch im Vereinsleben. Der Sängerbund Vorwärts hat am vergangenen Samstag auf seiner Generalversammlung das Jahr abgeschlossen, einen dicken Strich unter die Bilanz gemacht und ein neues Kapitel begonnen. Das Jahr der Arbeitslosigkeit, ein schwieriges Jahr für Vereinsleiter, konnte vom Vorwärts gut beendet werden. Hat doch der Verein die Probe höchsten Könnens mit seinem Konzerte unter Leitung seines verdienten Dirigenten Herrn W. Giffert abgelegt, ein wohl gelungenes Konzert im Süddeutschen Rundfunk abholiert, das landauf, landab durch Anfertigungsschreiben ausgezeichnet wurde. Aber nicht nur bei Konzerten, auch bei Sitzungsfeiern, Gründungsfeiern, Versammlungen usw. waren die Mitglieder zur Hand, und stellten unter oft nicht geringen Opfern ihren Mann. Die Tätigkeit der Vorstandschäfte wurde von der Versammlung voll gewürdigt und anerkannt. Besonders erfreulich ist, daß die feierlichen Vorstandsmittglieder von der Erkenntnis durchdrungen waren, daß das Vereinsleben in schwerer Zeit von keinem Mann verlassen werden darf, so daß der gesamte Vorstand per Affirmation wiedergewählt werden konnte. Die Weihnachtsfeier, welche gemeinsam mit dem Arbeiter-Sportverein und dem Wasserportverein begeben wurde, fand allgemeine Zustimmung, so daß, wenn in den andern Arbeitervereinen derselbe Geist herrscht, die Zeit nicht mehr fern sein dürfte, wo man derlei Feste, Wälsch und Gartenfeste inbezug, in solidarischer Gemeinschaft begeht.

Das Jahresprogramm weist gegenüber den verfloßenen Jahren mit acht und zehn, nur vier Veranstaltungen auf, wovon zwei (Kastell und Waldfest) auf sehr wankenden Füßen stehen. Es kann, wenn die Zeiten sich noch weiter verschlimmern, möglich sein, daß der Vorwärts mit nur zwei Veranstaltungen und zwar einem Frühjahrskonzert und der nächsten Weihnachtsfeier vor die Öffentlichkeit geht. Hoffen wir, daß der tiefste Punkt der Not und des Elends überschritten ist, daß unsere Arbeitsbrüder wieder Arbeit finden, um für ihre Familien sorgen zu können. Doch wir verlassen nicht in der Illusion und im Kampfe gegen jene Kreise, deren Bestreben es ist, die sozialen Einrichtungen und kulturellen Erzeugnisse der Arbeiterschaft und des heutigen Staates zu vernichten.

Ab 1. Januar 1932 im Spezial-Geschäft für Modewaren 5% Rabatt für Julius Strauss in Einheitsmarken des Karlsruher Einzelhandels Kaiserstr. 189

